

Die „Volkstimme“  
erscheint täglich mit Ausnahme  
der Tage nach Sonn- und  
Festtagen.  
Verantwortlicher Redakteur:  
H. Baumüller, Magdeburg.  
Für den Inseratenteil  
verantwortlich:  
Carl Lanfau, Magdeburg.  
Verlag von H. Harbaum,  
Magdeburg-Neustadt.  
Druck von S. Arnoldt,  
Magdeburg.  
Fernsprech-Anschluß  
Nr. 1567, Amt I.

# Volkstimme

Prämumerando zahlbarer  
Abonnementpreis:  
Bierjahresl. inkl. Bringerlohn  
2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.  
In der Expedition u. den Aus-  
gabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.  
Bei den Postanstalten 2,50 Mk.  
inkl. Postgebühren,  
Einzeln Nummern 5 Pf.  
Sonntags-Nummer 10 Pf.  
Zeitungsliste Nr. 7095.  
Inseratensgebühren 15 Pf.  
Arbeitsmarkt 10 Pf.  
für die gewöhnliche Zeile.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehoffstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeiter  
Ferdinand Lassalle.

Nr. 56

Magdeburg, Donnerstag, den 7. März 1895.

6. Jahrgang.

## Parteigenossen! Rüstet Euch zur Märzfeier!

### Die Zukunft des deutschen Mittelstandes in Stadt und Land.

M. Die Agrarier der Provinz Sachsen, soweit sie dem Bunde der Landwirte angehören oder diesem Bunde anzugehören beabsichtigen, hatten sich am Montag Nachmittag im großen Saale des Hofjägers ein Stellbildein gegeben, um einen Vortrag des Bundes der Landwirte vom Abg. Plötz-Döllingen über die Zukunft des deutschen Mittelstandes in Stadt und Land anzuhören.

Der Vortragende bedauerte, daß der Bund der Landwirte so spät gegründet worden sei, der Abschluß der Handelsverträge sei dadurch nicht zu verhindern gewesen. In äußerst abfälliger Weise kritisierte Redner die Handelsvertragspolitik der Regierung, die „kein offenes Spiel getrieben“. Sie habe bei Einbringung des rumänischen Handelsvertrages erklärt, man brauche sich hierdurch nicht auf den russischen Handelsvertrag zu verpflichten, der nicht gehalten hätte, was man von ihm gehofft. Deutschland sei mit Getreide und Landwirtschaftsartikeln überhäuft, auch der Industrie habe der Handelsvertrag nicht genügt.

Was kümmert es dem Redner, wenn duzendmal im Reichstage das Gegenteil nachgewiesen und klargestellt worden ist, daß die Ueberfüllung des Marktes mit Getreide, resp. Landwirtschaftsprodukten, eine Folge der guten Ernten in den Vorjahren und ferner eine Folge der Konsumunfähigkeit des werththätigen Volkes ist. Daß die Handelspolitik der Regierung die Ausfuhr bedeutend vermehrt, verschiedenen Zweigen der Industrie zu gute gekommen ist, was erst kürzlich der Staatssekretär v. Marschall und der nationalliberale Abg. Müller zahlenmäßig festlegten, will oder mag der Agitator des Bundes nicht anerkennen. Mit solchen Mitteln operiert eine Partei, welche sich rühmt, monarchisch bis auf die Knochen zu sein und jeden für einen Vaterlandsfeind bezeichnet, der das Ansehen der Regierung herabwürdigt. — Die Regierung hat kein offenes Spiel getrieben; mit anderen Worten — na, wir wollen schweigen. Der Hofjäger ist ja für Sozialdemokraten geschlossen und für Parteien geöffnet, welche von der Polizei noch „geduldet“ werden.

Unter maßlosen Angriffen wendete sich Herr v. Plötz den Sozialdemokraten, Juden und Freisinnigen zu, mit deren Hilfe die Regierung die Handelsverträge durchgedrückt hätte. Der Redner verschwie, daß auch konservative Abgeordnete für den russischen Handelsvertrag eingetreten sind, und dieser Handelsvertrag eine notwendige Folge der rumänischen Handelsverträge war, welche mit geringen Ausnahmen auch von der konservativen Partei angenommen worden sind. Die Schale seines Hornes schüttete Redner über die Sozialdemokraten und behauptete: die Juden leisteten der Sozialdemokratie jetzt schon Unterstüßungen, die ersten Posten in der Partei würden mit Juden „besetzt“, um zur rechten Zeit „etwas zu verdienen.“ Diese unerhörte verleumderische Behauptung wurde von den Zuhörern sehr beifällig aufgenommen. Und als der Beifall sich gelegt, sagte Herr v. Plötz: Die goldene Internationale gebe das Geld für den Umsturz.

Nach der Rede des Kaisers habe der Bund angenommen, daß mit aller Macht darauf hingearbeitet werden würde, die Lage der Landwirtschaft zu heben, da sei der Minister v. Bötticher gekommen und habe auf dem deutschen Handelstage das jetzige Handelssystem glorifiziert. — Wenn hierin kein Wandel geschieht — drohte der ablige Redner — so müßte es auch den Mitgliedern des Bundes ganz gleichgültig sein, wer Kanzler oder Minister ist — man muß sich selber helfen.

Man will die Spiritus- und Zuckersteuer ändern, gegen die Margarine soll vorgegangen werden, die Lasten der Unternehmer will man auf breitere Schultern legen und was dergleichen, das werththätige Volk auf das schlimmste belastende Vorschläge sind. Als Allheilmittel empfehlen die adligen Brotverkäufer den Antrag Kanitz. Daß dieser Antrag selbst von Angehörigen des Bundes fallen gelassen und man bemüht ist eine Diskussion hierüber in weite Ferne zu rücken, wurde den Zuhörern vorenthalten. Auf der Tagesordnung des am 12. d. Mts. zusammentretenden Staatsrats (mit dessen Zusammenlegung die Agrarier nicht zufrieden sind) steht auch der Antrag Kanitz, der in der unverkennbarsten Weise eine Verteuerung des Getreides und Brotes bezweckt — zum alleinigen Vorteil der Großbauern. Als Referent für diesen Antrag war der Landrat von Kardorf (Mitglied des Bundes der Landwirte) bestellt, doch Herr v. Kardorf hat das Referat abgelehnt, weil er den Antrag Kanitz, zwar für durchführbar aber doch nur als die ultima ratio (der letzte Vernunftgrund)

betrachte, wenn zur Abwendung des der deutschen Landwirtschaft drohenden Ruins andere Wege sich als undurchführbar erwiesen haben sollen.

Auch die Kreuzzeitung, welche unausgesetzt auf schnelle Besprechung des Antrags Kanitz gedrängt hat, erklärt in ihrer Nummer am 4. März (also an dem Tage, als Herr v. Plötz den Antrag Kanitz empfahl und eine Resolution zu Gunsten desselben durchdrückte) ... wir haben nie behauptet und auch nie geglaubt, daß der Antrag Kanitz, wie er heute vorliegt, das alleinige Heilmittel sei. Während so in den Kreisen des Bundes der Landwirte Zweifel über die Wirkung des Antrags Kanitz obwalten, läßt Herr v. Plötz seine Getreuen erklären (wir citieren die Magdeburgische Zeitung, Nr. 116): Die gesetzliche Verwirklichung des Antrags Kanitz ist das wirksamste Mittel zur Hebung der Landwirtschaft.

Wer in solcher Weise agitiert, darf sich nicht wundern, daß seine Agitation als „demagogisch“ bezeichnet wird; und wer weiter in so schamloser Weise eine politische Partei angreift, deren Vertreter verdächtigt, beschimpft, sie aber von einer öffentlichen Diskussion ausschließt, kann nicht annehmen, daß ihm dasjenige Maß von Achtung entgegengebracht wird, das jedem anderen Menschen (und sei er unser Gegner) entgegengebracht werden muß. Im übrigen freuen wir uns über diese Agitation des Bundes der Landwirte. Sie wird schließlich den Landwirten die Augen öffnen und sie zur Erkenntnis treiben, daß sie Werkzeug in den Händen des Adels und sonstiger Großbauern gewesen sind, welche nur ihre eigenen Vorteile im Auge gehabt haben und alle Lasten von sich auf die Schultern des armen werththätigen Volkes zu wälzen bestrebt waren. Wer soeben im Reichstage 45 Millionen für neue Schiffe bewilligt hat und bemüht ist, die Lebensmittel zu verteuern, wer das herrschende Wirtschaftssystem unterstüßt und Ausnahmegesetze gegen das murrende Volk schmiedet, dem freilich muß um die Zukunft des deutschen Mittelstandes in Stadt und Land hangen. —

### Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

**Nationalliberale Schamhaftigkeit.** Die Magdeburgische Zeitung (Nr. 116) läßt sich aus Berlin über die Verhandlungen der Umsturzkommission berichten. Wenn in dem gleichen Tempo wie bisher in den Verhandlungen fortgeschritten wird, so kann der Hochsommer herankommen, ohne daß das Ende abzusehen ist. Dem Berliner Korrespondent scheint demnach die Geduld auszugehen und sieht es vielleicht gern, wenn die Umsturzvorlage heute oder morgen unter Dach und Fach kommt. Wir haben an anderer Stelle bereits hingewiesen, daß selbst in nationalliberalen Kreisen Mißstimmungen gegen die nationalliberalen Vertreter in der Umsturzkommission laut werden. Haben wir jüngst die nationalliberale Schamhaftigkeit besprochen, so giebt uns der Berliner Mitarbeiter der Magdeburgischen Zeitung einen neuen Beleg. Er erzählt dem Blatte: „Seit acht Tagen sieht man fast bei Vorschlägen, die von clerikaler und konservativer Seite gemacht werden und die an Knebelung der Gewissensfreiheit das Alleräußerste bieten, was bisher in dieser Richtung versucht worden ist.“ **Von den Knebelungsversuchen der Nationalliberalen kein Wort.** Mit keinem Worte wird auf den Antrag des Abg. Enneccerus eingegangen, welcher Angriffe auf die „Institute“ der Ehr, des Gottesglaubens, der Monarchie, des Eigentums (welch ein lauschhaftiger Begriff) unter Strafe stellen will. Schämt sich der Berliner Korrespondent der Magdeburgischen Zeitung und diese selbst dieser Anträge, welche an Knebelung der Gewissensfreiheit das Alleräußerste bieten, was bisher in dieser Richtung versucht worden ist? Die Nationalliberalen entriemen uns nicht — an den Pranger mit ihren Anträgen. —

Das **Bürgerthum** wird von dem Berliner Tageblatt zu energischem Proteste gegen die Umsturzvorlage aufgefordert. Auch das Tageblatt wendet sich gegen die Nationalliberalen, die anfangs die lautesten Rufer im Streite gegen die sogenannten Mächte des Umsturzes waren und jetzt still geworden sind. Der von den Konservativen und dem Zentrum unternommene Angriff auf die moderne Wissenschaft ist nach dem Berliner Tageblatt nicht weiter als die logische Konsequenz der Forderung, welche die Regierung gestellt und die nationalliberale Partei unterstützt hat. Also: Mitgegangen, mitgefangen! — Im übrigen bezweifel wir, daß das Bürgerthum sich zu energischem Proteste gegen die Umsturzvorlage aufrafft. Abgesehen von einzelnen Elementen ist das Bürgerthum tot und hat den

Schutz der Freiheit und Wohlfahrt des deutschen Volkes den Sozialdemokraten überlassen, die im vollen Licht der Öffentlichkeit in der entschiedensten Weise gegen die geplante Knebelung der freien Meinungsäußerung protestiert haben. —

**Wissenschaft, Kunst und Litteratur** gehen einer schönen Zukunft entgegen. Die Berliner Polizei verbot die erste Vorstellung der von Bruno Wille ins Leben gerufenen Versuchsbühne, welche bezweckte, lediglich junge Talente zu fördern. Sonach handelte die Polizei ganz im Geiste des Herrn v. Köller. —

**Es hat gewirkt.** Der erste Staatsanwalt am Landgericht 1 in Berlin hat auf Grund des Vormärts-Artikels im Aufsichtsweg die Wiederaufnahme der Untersuchung gegen Castan wegen Sittlichkeitsverbrechen wieder aufgenommen. —

**Nationalliberales Angstmeiertum.** Aus Furcht vor dem „roten Gespenst“ plaidiert die Nationalzeitung für die Zurückziehung der Umsturzvorlage. Das Blatt hofft aber dabei auf die Wiederherstellung der Umsturzvorlage. Es muß auch solche Käuze geben. —

**Die Aufhebung des Boykotts** in Braunschweig will die Boykottkommission bis zum 9. März erwirken. —

### Ausland.

**Schweiz.** Ueber die Einführung des Neun- und eintags haben sich die Buchdruckerhilfen und Prinzipale in Zürich in gemeinschaftlicher Konferenz verständigt. —

**Frankreich.** Die Regierung hat die Einladung der deutschen Regierung zur Eröffnung des Nord-Ostkanals angenommen. Das würde zur Folge haben, daß die deutsche Regierung die Einladung Frankreichs zur Weltausstellung 1900 nicht ablehnen kann. —

In der Deputiertenkammer sprach sich Goblet tadelnd über die Mißhandlungen aus, welche gegen die zur Zwangsarbeit Verurtheilten verübt wurden und behauptete, man hätte gewisse Anarchisten Fluchversuche machen lassen, um sie ohne Urteil erschießen zu können. — Die Beratung des Heeresbudgets hat begonnen. Unsere französischen Genossen haben hierzu gleichfalls den Antrag eingebracht, betreffend das Milizbeer. —

**Galizien.** 26 junge Leute, zumeist Hörer der Lehrerbildungsanstalt in Tarnopol, sind wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung angeklagt. Die jungen Leute gehörten einem Bunde an, welcher die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit Polens erstrebte. —

**Rußland.** Die Unruhen in Petersburg wiederholen sich; weiteste Volkstreife beteiligen sich an den Demonstrationen der Studenten. Der offizielle Telegraph ist angewiesen, die ganze Angelegenheit als harmlos hinzustellen. —

Auf **Kolumbien** ist ein Aufstand ausgebrochen. Da die kolumbischen Truppen den Angriffen der „Rebellen“ erliegen, sind spanische Truppen zur Unterstützung herbeigerufen worden. —

### Die Arbeiter„freundlichkeit“ der Berufsgenossenschaften

kann nicht besser gekennzeichnet werden, wie es durch nachfolgendes Schreiben des Verwaltungsdirektors der „Norddeutschen Textil-Berufsgenossenschaft“ geschieht. Das äußerst lehrreiche Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

„Berlin NW., den 14. Februar 1895.  
Paufr. 18.“

An die Weiserin Frau Charlotte Niemann, geb. Busche in Linden bei Hannover.

Durch das Gutachten des Herrn Medizinalrats Dr. Becker und durch die Ermittlungen über Ihre Vergangenheit, zu deren Anstellung uns dieses Gutachten veranlaßt hat, haben wir erfahren, daß die noch bestehende Schwäche Ihres rechten Armes nicht von Ihrem letzten Unfälle vom 8. November 1893, sondern von einem Armbruch herrührt, den Sie als kleines Kind erlitten haben. Es ist ferner festgestellt worden, daß Sie den rechten Arm, obgleich Ihnen wiederholt und auch vom Schiedsgericht selbst davon abgeraten wurde, beständig in der Schlinge tragen, offenbar, um bei Ihrem **Gauferhandel das Mitleid der Leute zu erregen.**

Durch dieses Verhalten aber haben Sie es verhindert, daß die ärztliche Behandlung, die Sie durch angemessenen Gebrauch des Armes zu unterstützen verpflichtet waren, den Erfolg erzielte, der sonst zweifellos eingetreten wäre, nämlich den Erfolg der Kräftigung

Ihres Armes gegenüber dem Zustande nicht nur bei der vorigen Feststellung, sondern sogar gegenüber dem Zustande vor dem Unfälle. Wir haben uns somit davon überzeugt, daß irgend welche nachtheiligen Folgen Ihres Unfalles vom 8. November 1893 nicht mehr vorhanden sind, und wir kündigen Ihnen, indem wir auf Ihren Eintritt in eine Heilanstalt nunmehr selbstverständlich verzichten, den bevorstehenden Erlaß eines förmlichen Bescheides an, durch den die Rente völlig aufgehoben wird. Auch behalten wir uns vor, die Akten der Staatsanwaltschaft vorzulegen, durch die Sie sich bisher die Rente zu verschaffen gewußt haben und die jetzt aufgedeckt sind, uns strafwürdig zu sein scheinen.

An eine Arbeiterin, die thatsächlich einen Betriebsunfall erlitten hat und in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt ist, mag der Vorstand einer Berufsgenossenschaft es, einen Brief derartigen Inhalts zu richten! Jede weitere Bemerkung erübrigt sich.

Tages-Chronik.

Magdeburg, 6. März 1895.

Ganz bestimmt kommt Genosse Grillenberger zu der am Freitag abend in „Friedrichsplatz“ stattfindenden Volksversammlung, in der er über die Erfüllung der kaiserlichen Erlasse und die Sozialdemokratie referiert. (Siehe Anzeigenteil.)

Auch ein Verein? Die öffentliche Gewerkschaftsversammlung wählte s. B. eine Gewerbebeschwerdekommission, welche die sehr anerkanntswürdige Aufgabe hat, alle Uebelstände in den Fabriken von den Arbeitern entgegenzunehmen und alle der Vorschriften des Arbeiterschutzes zuwiderlaufenden Mängel dem Herrn Gewerbeinspektor zu unterbreiten. Hierin erbt sich nun die hiesige Polizeibehörde eine Einwirkung eines Vereins, der bezweckt, auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken. Der Geschäftsführer des Vereins, Herr G. G., erhielt dementsprechend folgende polizeiliche Verfügung:

Magdeburg, den 1. März 1895

Nach öffentlichen Bekanntmachungen in den Nummern 45 und 49 der hier erscheinenden Zeitung Volkstimme vom 22. und 27. Februar 1895 ist hier unter dem Namen Gewerbe-Beschwerdekommission eine Vereinigung ins Leben getreten, um den Arbeitern und Arbeiterinnen in Fabriken und Werkstätten die Möglichkeit zu geben, Unregelmäßigkeiten an Maschinen, welche nicht mit vorchriftsmäßigen Schutzvorrichtungen versehen sind, sowie auch alle anderen Uebelstände, welche einer Abhilfe bedürfen, ohne Kennung ihres Namens dem Herrn Fabrikinspektor zu übermitteln.

Da diese Vereinigung hiernach eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt, wird der Vorsitzende der Gewerbe-Beschwerdekommission auf Grund der §§ 2 Absatz 1 und 13 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 angeordnet, ihre Statuten und das Mitgliederverzeichnis binnen zehn Tagen hierher einzureichen.

(Unterschrift unleserlich.)

Hütet Euch vor Denunzianten, hütet Euch überhaupt vor unbedachten Aeußerungen — Hundertmal wird es dringend angegangen, trotzdem geht es leider immer wieder Personen, die aus Unbedachtsamkeit oder in einer leichtfertigen Laune dieses heutzutage so notwendige Gebot überstehen und sich dadurch schweren Schaden zufügen. Ein solcher Fall wird uns jetzt wieder bekannt. In einem Dresdener, fast ausschließlich von Arbeitern besuchten Lokal soll kürzlich jemand eine Majestätsbeleidigung ausgesprochen haben. Demjenigen will die ein Herz, jenes Verbrechen zu vergeben, gehört haben; er hätte nichts Besseres zu thun, als sofort einen Kriminalbeamten herbeizuholen, der den Verbreiter, welcher wohl fast bekannt war, verhaften sollte. Derselbe beschränkt sich auf ein Verhör und eine Unterzeichnung. Wir wollen die Handlungswiese des Herrn Denunzianten nicht charakterisieren, die Leser werden sich selbst ein Urteil bilden, was für von dem Herrn zu denken haben. Die Handlung aber ist: Vorsicht allerwegen!

Kleinbetrieb und Ausbeutung. Vor uns liegt das Schreiben eines Arbeiters, welches sich mit den Beschäftigten einer Subentzinger Maschinenfabrik beschäftigt. Aus demselben geht klar und deutlich heraus, daß die Kleinbetriebe in Konkurrenzverhältnissen nur auf eine größere Ausbeutung der Arbeiter abzielen. Dieser Kleinbetrieb beschäftigt 6 gelehrte Arbeiter, einen Feiler, einen Arbeit-

er und — man höre! — 5 Lehrlinge; ferner sind zu Ostern weitere 2 Lehrlinge angenommen worden. Zu diesen Arbeitern kommen noch ein Zeichner, ein Buchhalter und ein Schreiber. Die Arbeitszeit beträgt jetzt 9 Stunden (von morgens 8 bis abends 5 Uhr). Die Arbeiter stehen meist auf Akkordlohn. Dieser ist jedoch soweit als möglich herabgedrückt worden. Und zwar richtet sich diese „Fabrik“ nach den Preisen des großen Establishments Schaffer u. Subentzinger. Vor kurzem ist den Arbeitern auch noch unterzagt worden, die bisher innegehaltene Gehaltsstufen einzubehalten. Jetzt sollen die Arbeiter mit ihren schmerzlichen Fingern auch noch ihr an und für sich dürftiges Gehalt ansetzen, was sicher nicht gesundheitsfördernd ist. Dies ist der Kern des Schreibens. Es ist ja nur zu bekannt, daß der Kleinbetrieb sich im Konkurrenzkampf nur durch große Leistungsüberlegenheit halten kann, daß auch jedweder Arbeiterkampf von den Kleinbetriebsbesitzenden mit gar bösen Augen angesehen und meist von ihnen umgangen wird. Die Ausbeutung ist eben je nach der Größe des Establishments verschieden; am schlimmsten ist sie in der Hausindustrie. — Es sind in letzter Zeit aus vielen Fabriken Klagen der Arbeiter eingelaufen; hier und dort werden Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung entlassen, da und dort wieder schlecht gelohnt oder behandelt. Trotzdem die Drücker der Arbeiter für so schwerlich ist, haben leider, tausendmal leider, die Ausbeuteten nicht so viel Einsicht, das einzig ihnen zur Verteidigung ihrer Ehre und Lebenshaltung gegebene Mittel anzuwenden: die Organisation! Was hilft alles Rathhalten in Stuben, was alle Faustbäueri in den Taschen, wenn die organisierten Fabrikarbeiter Arbeiter wegen ihrer Gesinnung regeln, sie auf schwarze Listen setzen? Ihr nichtorganisierten Metallarbeiter seit einzig und allein die Schuldigen an der so unehrenwürdigen Behandlung. Hier und da werden Klassenengenossen wegen ihrer ihnen gesetzlich erlaubten Mitigation auf politischem oder gewerkschaftlichem Gebiete gemahnt — die Metallarbeiter murren nur dazu; wenige aber denken daran, diesem sozialen Auftreten der Fabrikanten durch Organisation ein Ende zu bereiten. Nur zu wahr ist: dem Volke werden nicht die Despoten gegeben, sondern ein schlafträgliches Volk giebt sich solche selber.

Für die diesjährige Kreislehrerkonferenz hat die Regierung folgende Tagesordnung aufgestellt: 1. Wie erklären sich die im ganzen geringen Leistungen unserer Schüler in der freien mündlichen und schriftlichen Handhabung der Muttersprache, und wie können diese Leistungen gehoben werden? 2. Der Lehrer hat die Pflicht, auch an seiner allgemeinen Fortbildung zu arbeiten. Welche Mittel und Wege bieten sich ihm hierzu und wie sind sie auszunutzen? Für die kleineren Konferenzen werden folgende Aufgaben empfohlen. 1. Die Bevorzugung einzelner Kinder beim Unterricht ist als Unfug nachzuweisen und es ist zugleich zu zeigen, in welcher Weise sämtliche Schüler möglichst gleichmäßig gefördert werden können. 2. Durch welche Mittel ist die Auszeichnung „einer laubener, bewährten und gewandten Schrift in allen, auch in schnell gezeigten Schulschriften“ in der Volksschule zu erreichen?

Eine Freiwildkatze an dem kunstvollen Grabgitter der Porzellan-Begräbnisstätte verübt. In den letzten Tagen der Woche vom 17. bis zum 23. Februar d. J., wahrscheinlich am 23. oder in der Nacht vom 23. zum 24. Februar, ist auf dem alten Begräbnisplatz hier selbst das die Porzellan-Erdbegräbnisstätten umgebende schmiedeeiserne Grabgitter von unthörliger Hand in der Weise beschädigt worden, daß an der Vorderseite vier Büchsen, ein Korb, einige Zweige und das von einer Leabe im Schnabel getragene Delbalt abgebrochen worden sind. Die abgebrochenen Stücke wurden innerhalb des Grabgitters an der Hinterseite vorgefunden. Ferner ist auf dem in der Nähe der Porzellan-Gräbnisstätte gelegenen Mittags-Erdbegräbnisse ein aufricht stehendes Akkordeon zertrümmert und zerbrochen worden. Der Erste Staatsanwalt ermahnt, ihm alle thätlichen Anhaltspunkte, welche zur Ermittlung des unbekanntes Thäters führen können, schleunigst zu den diesseitigen Untersuchungsakten V. J. 174/75 oder dem königlichen Polizeipräsidium hier mitzuteilen.

Von der Elbe. Die königliche Eisstrom-Dampferverwaltung zu Magdeburg teilt mit, daß die Eisbrechdampfer am 4. März um 8 Kilometer stromaufwärts weiter vorgekommen sind, so daß nunmehr der Strom bis Unkenhagen hinunter frei geworden ist. Festigen Widerstand leistete die Eisdecke namentlich bei Langendorf und Barz. Der regelmäßige Abtrieb des gebrochenen Eises konnte trotz der herrschenden niedrigen Temperatur (nachts - 6 Grad Celsius) nicht erhalten werden. Sonstige Veränderungen im Eisstande der Elbe sind mit Ausnahme geringer Eisbewegungen unterhalb der Mündung der Schwarzen Elster, sowie unterhalb Alca bisher noch nicht eingetreten.

Ferner brach Dienstag vormittag aus auf dem Grundstücke Breitenweg 83. Im zweiten Stock des Vordergebäudes war durch glühende Röhre ein Balken und Dickenbrand entfallen, der sich auch dem im hinteren Stock gelegenen Fabrikraum mitgeführt hatte. Die Feuerwehre räumte bald die Gefahr.

Für die Erzeugung und Festnahme des ausgerückten Posten-Soldaten und Leiers der Firma Löwe u. Fahrenhorst, Ost-

Schmidt, haben die um mehr als 100 000 Mark geschädigten Bank eine Belohnung von 100 Mark ausgesetzt.

Die Sklaven der Magdeburger Trambahn-Aktien-Gesellschaft.

So wählen wir heute den Titel für den zweiten Artikel, da wir hierzu auf Grund des vorhergehenden be rechtigt sind. So unlieb, wie es wohl den Aktionären sein mag, diese schlechten Arbeitsverhältnisse ans Licht der Öffentlichkeit zu ziehen und entsprechend zu würdigen, so freudig ist es für uns, für die so gefesselten und mundtot gemachten Arbeiter einzutreten. Sehen wir uns weiter in den „Allgemeinen Bestimmungen“ um:

§ 5.

Außerdem findet Dienstenlassung nur nach vorgängiger Ständige Ausschreibung statt.

Wenn es aber verlangt und der Lohn auf die Kündigungsfrist bezahlt wird, haben diejenigen, welchen gekündigt worden, den Lohn sofort und vor Ablauf der Kündigungsfrist zu verlassen. Somit ist durch den zweiten Satz die achtstägige Kündigungsfrist ziemlich aufgehoben und steht nur auf dem Papier, denn es liegt ja in der Hand des Direktors, die Kündigung an dem Lohnzahlungstage anzuordnen. Weiter:

§ 8.

Die uniformierten Beamten erhalten die Uniform geliefert. Sie haben sich für Abnutzung derselben einen Abzug von Mk. 2.50 pro Monat gefallen zu lassen, ohne indes damit ein Eigentumsrecht an die Uniform zu erlangen. Dieser Abzug fällt nach Ablauf des dritten Dienstjahres fort.

Gesetzt den Fall, die Gesellschaft würde ihr Personal vor dem Ablauf des dritten Jahres erneuern, wäre sie in der Lage, an den Uniformen ein schönes Stück Geld auf Kosten der Arbeiter zu verdienen. Wir wissen ja nicht, wie der Wechsel im Arbeiterpersonal ist; interessant wäre es aber hierüber Auskunft zu erhalten. Im übrigen aber bezahlen die Arbeiter die Uniformen ohne das Eigentumsrecht an denselben zu erlangen. Was ist das für eine Ordnung? Mit welchem Rechte kommt die Gesellschaft dazu, sich Uniformen mit 90 Mark von ihren Arbeitern bezahlen zu lassen, ohne den Arbeitern, die doch dann von rechts wegen Käufer sind, die bezahlten Uniformen als Eigentum zu überlassen?

Wir bitten darum, uns die Fragen: „Wie viel Arbeiter werden bei der Trambahn-Aktien-Gesellschaft pro Jahr gekündigt resp. neu eingestellt?“ und „Wie hoch ist der Einkaufspreis einer Uniform?“ zu beantworten. Die Redaktion.

Hohengarten bei Helligenshald. (Woch?) Der vor einige Zeit — wie man sagte, infolge Genusses von Dose ankast Käse — ein getretene Tod eines hier bediensteten Knechts erregt neuerdings in einem ganz anderen Maße, indem seitens einer Gerichtskommission eine Verurteilung der Schädelschlagkonkurrenz sein soll und der Tod als Wahrscheinlichkeit nach durch Mißhandlung herbeigeführt ist. Allerdings ein gewaltiger Unterschied.

Dresden. (Eisenstatistik.) Das Vhl für obdachlose Frauen und Kinder auf der Rosenstraße wurde im Monat Februar von 579 Personen — 462 Frauen, 102 Mädchen, 15 Kindern, darunter 1 Säugling — benutzt. Gebadet haben 63 Personen. Seit dem Bestehen des Asyls sind in denselben 203,675 Dabeschlüssen — darunter 32,006 Kinder — Aufnahme und Verpflegung unentgeltlich gewährt worden. Das unentgeltliche freiwillige Denugung unterhaltene Bad wurde von denselben 29,460 Mal benutzt.

Hamburg. (Dampferkollision.) Als der Dampfer „Europa“ der mit Ladung von Antwerpen nach New Orleans bestimmt ist, Dungen passierte, geriet er mit dem Dampfer „York“ in Kollision. Die Steuerbordseite hat großen Schaden erlitten.

Hamburg. (160 Arbeiter in Lebensgefahr.) Der Schleppdampfer „Eggers“ der Hamburg-Amerika-Linie hatte heute Morgen an der St. Pauli Landungsbrücke 160 Schauerleute an Bord genommen, um

Feuilleton.

Ein Held des Geistes und des Schwertes.

Historischer Roman aus den Zeiten des deutschen Hauptabendes von A. Dittl. Bd. I.

Der Gelehrte sah eine kleine Kapistole in Gilliers Händen glänzen und ihre Mündung gerade nach seinem Kopf gerichtet. Er wußte, daß die guten Schützen nach dem Kopfe zielen, er richtete sich nicht mehr.

Ich habe Euch übrigens mitzuteilen, daß wir unter Euren dritten Mann sitzen und durch einen Riemen mit der Hausfrau ehelich verbunden. Wir haben ihm auch den Mund geklopft, es wundert mich, daß er noch pfeifen kann, Ihr habt ihn doch ordentlich gebunden, Rother?

Zum ersten Male öffnete der Diener den Mund und erklärte lakonisch:

Der ist ich.

Ich lieber noch einmal herunter, mit seinem Mundwerk ist's nicht sicher. Bring ihn lieber ganz ins Haus und schließ das Thor zu. Mit den paar Fremden hier werde ich mich inzwischen schon vertragen.

Der Gelehrte sah beim Weggehen des Dieners eine Bewegung ausführen zu wollen, aber ein Blick auf die Pistole, deren Lauf wieder eine drohende Richtung bekam, benahm ihn.

Da die Dinge so stehen, meinte nun Meister Süddide, so kann ich mich nun wohl zur Ruhe legen?

Es thut mir aufrichtig leid, Meister Süddide, verabschiede dich, daß ich Euch die wohlthätige Ruhe verweigern soll, aber ich mag Euch doch dringend bitten, was Eure geachtete Gesellschaft noch ein Weilchen länger zu halten.

So bin ich also auch Gefangener? rief der Meister erschrocken.

Ihr werdet doch eine freundliche Bitte nicht gleich so übel vermerken!

Und wenn ich Euch nun die Bitte abschlage, wenn ich trotzdem gehe?

werden, sondern nehmt lieber Platz und laßt Euch von mir eine seltsame Geschichte erzählen.

Der Vorschlag war zu anregend für Meister Süddides Neugier, er suchte sich also einen Sessel, in dem er erwartungsvoll Platz nahm. Auch die Frauen hatten ihre Sitze wieder eingenommen, und unter lautloser Stille der Anwesenden begann der junge Mann:

Keinem Menschen, Meister Süddide, ist sein Schicksal auf die Stirn geschrieben, und was die Menschen Glücksgüter zu nennen pflegen, ist oftmals die Quelle ihres großen Unglücks. Wenn Ihr das bleiche Fräulein anseht, wie es sich jetzt in diesem ärmlichen Dachstübchen verhält, so werdet Ihr es schwerlich ahnen, daß sie vor drei Jahren die schönste, reichste und vornehmste Dame war, die man in der guten Stadt Münster finden konnte. Hunderte beneideten sie ob ihres Glücks, zumal als einer der vornehmlichsten Männer, die ich in meinem Leben kennen lernte, ein ritterlicher und reicher Kavaliere um ihre Liebe ward und leicht gewann.

Aber wo viel Licht ist, da findet sich auch der tiefste Schatten, und allzu großes Glück ist hienieden selten von langer Dauer; Reich, Glück und verschmähte Liebe veränderten sich und beiderben sich jenes schlimmen Verzeugs, um sie dem Verderben zuzuführen. Der Herr v. Rauchhaupt, den Ihr als eben so glänzenden, wie wüthigen Kavaliere des Herzogs kennt, und der denselben in Verein mit dem gewaltigen Kriegsherrn, Herrn v. Wustrow, zum Kriege gegen Eure Stadt drängt, umgarnete sie auf allen Wegen und Stegen. Nachdem sie seine Liebe verweigerte, ergriffen sie ihn doppelt zornig und verführerisch, das pflegt bei allen so verderbten Seelen sich zuzutragen.

Volkmann von Hasfeld, der Verlobte dieses Fräuleins, mußte in einer höchst dringlichen, vom Herrn v. Rauchhaupt wahrscheinlich Unglück vorbereiteten, Gelegenheit schleunigst nach Rom abreisen. Er hatte niemanden als mich, dem er sein theuerstes Gut zur Obhut anvertrauen konnte; denn ich hatte damals noch längerer Unterbrechung und manchem Abenteuer meine friedlicheren Studien an der hohen Schule jener Stadt wieder aufgenommen.

Da trat mich eines Tages zu, daß die Dame, ohne daß ich mich dessen vermerkt hätte, durch einen gefälschten Brief aus der Stadt geschickt wurde, und als ich noch vor Abend, wie ich es täglich zu thun nicht verabsäumte, nach ihren Wünschen zu fragen ging, erzählte ich von der Dienerin, die sehr in Angst schon war, was ich zugetragen. Nachdes Geistes ahnend, reichte ich ihr schleunigst nach.

„Wer weiß, ob ich sie so schnell aufgefunden, wenn mir nicht ein Landmann, der des Weges kam, die Richtung anzugeben vermochte. In einem von der Landstraße abgelegenen Vorwerk, das ich von Herrn von Rauchhaupt Leuten umschwärmt sah, mußte sie übernachten, aber ich ziehen und Weinen hatte ihr die Bewohner schon gewonnen, so daß es einen Kampf zu kosten schien, um sie von dort mit Gewalt fortbringen zu können.“

„Und was thaten diese Strauchdiebe, die von jener dort angeführt wurden? Sie steckten ein Gebäude in Brand, in welchem zwanzig Menschen im tiefsten Schlaf lagen, um bei der Verwirrung ihre Beute unvermerkt fortzuschleppen zu können. Ihr könnt Euch denken, daß ich auf der Wacht war, um ihr Fortbringen zu verhindern, ich sah deshalb den ersten Feuerstrahl und eilte, die Arbeiter von der ihnen drohenden Gefahr zu benachrichtigen. Nun hatte ich den ganzen Schwarm auf dem Halse und kam tüchtig ins Gedränge. Aber mein guter Stahl, der ich viel hurtiger zu schwingen verstand, als meine Gegner es vermuteten, sowie mein treuer Rother, der in der Schule meines Vaters gereift ist, hielten so wacker zusammen, daß wir den Sturm abhalten konnten, bis die Bauern und Knechte mit Dreschflügeln und Senfen um zu Hilfe kamen und so männiglich dreinschlugen, daß jenseit bald die Flucht ergriffen. Ich ließ den Troß laufen, was er laufen konnte, aber dem Gefreiten hier setzte ich nach und sagte ihm auch bald beim Kragen. Der Gefreite war schon bereit, der seinem dicken Hals zur letzten Diensten sollte, aber er winkte mir so jämmerlich vor, daß mich zur Unzeit das Mitleid weich machte. Stur ich ließ ihn schließlich laufen. Hätte ich freilich in dem Augenblicke gewußt, daß durch seine verrückte That ein armer Knecht schwere Brandwunden davon getragen, so es wohl anders.“

„Das edle Fräulein mochte nicht nach der Stadt zurückkehren, wo ihr Vormund sie nicht genug vor den Anschlägen des Herrn von Rauchhaupt schützen konnte. Wir gingen nach Flandern. Aber wohin wir uns wenden mochten, folgten uns Spione und sonstige verdächtige Gesellen nach. Und so wären wir schließlich, wer weßte wohin gekommen, wenn mich nicht dringliche und heilige Pflichten nach Braunschweig gerufen hätten. Auch das Fräulein hoffte, weil diese feste Hansestadt wieder mit den Herzögen in arge Verwüsthisse geraten war, am besten Schutz in ihren Mauern zu finden.“

(Fortsetzung folgt.)

die selben nach dem Petersenthal zu befördern. Kaum war der Dampf von dem Ponton abgefahren, als er vor den Seiten des aufkommenden französischen Dampfers „Kommandant Franckel“ geriet. Auf dem Schleppe davor entstand nur eine allgemeine Panik; die Leute schrien um Hilfe und glaubten der große Dampfer würde über den kleinen hinweg laufen, da sich ihr Dampf ganz nach der einen Seite neigte, so daß das Wasser beinahe über die Reeling lief. Der „Expres“ kam aber noch glücklich vor dem französischen Dampfer vorüber und trug nur eine Beschädigung am Hintersteck davon. Die Arbeiter hatten sich auf den Dampfer „Jan“ begeben, der sich inzwischen an die Seite des „Expres“ gelegt hatte. Die darauf vorgenommene Untersuchung des „Expres“ ergab, daß derselbe betriebsfähig geblieben war, worauf sich die Arbeiter wieder an Bord ihres Dampfers bezogen.

**Temamatta, Mexiko.** (Eisenbahnunglück) Zwischen Temamatta und Temamatta ereignete sich ein Eisenbahnunglück. Als der Zug an einem freien Abgrunde schief um die Ecke fuhr, kamen die Lokomotive und fünf Wagen aus dem Geleise, stürzten über den Dammbau hinab und wurden gänzlich zerrümmert. Der Zug enthielt ca. 1200 Passagiere, von denen 104 getödtet und 85 verletzt sein sollen.

**Parlamentarische Nachrichten.**

Berlin, den 5. März 1895.

Im Reichstage hielt heute der Kriegsminister eine Rede und ging auf die gestrigen Ausführungen unseres Genossen Bebel ein. Ganz besonders glaubt der Redner die Begnadigungen der Offiziere schätzen zu müssen. Sie sollten froh sein, rief der Kriegsminister den Sozialdemokraten zu, daß die Krone das Begnadigungsrecht besitzt, es könnten Zeiten kommen, in denen auch Sozialdemokraten sich der Gnade der Krone zu erfreuen hätten. Der Kriegsminister sprach von Personen, die standrechtlich erschossen werden sollen. Ob hierbei der Kriegsminister auf den Straßenkampf anspielte, können wir nicht sagen. Bebel entgegnete ihm jedoch, daß ein Sozialdemokrat nie die Gnade des Kaisers anrufen würde, thue er dies, so würde er aus der Partei ausgeschlossen. Bebel kritisierte weiter das Vorgehen eines Offiziers der Hamburger Garnison gegenüber einem Kaufmann. Infolge Streitigkeiten auf einem Pferdebahnhof habe der Offizier dem Zivilisten einen — wie der Kriegsminister sagte — Denzettel gegeben. (Wir haben den Fall unsern Lesern unterbreitet.) Bebel bestritt dem Offizier das Recht, Zivilisten zu strafen. Recht und Gesetz seien hierdurch verletzt worden. Redner ging dann näher auf die Militärgerechtigkeitsfrage ein und streifte dann das Kapitel Soldatenmishandlungen. Ein reiches Material stand dem Genossen Bebel zur Verfügung. Im Hause herrschte lautlose Stille als Bebel einige markante Fälle zergliederte. Seine Ausführungen wurden vom Kriegsminister widersprochen. Verschiedene Redner gingen dann noch näher auf die Strafprozessordnung ein. Ueber die interessante Verhandlung liegt der folgende Bericht vor.

52. Sitzung vom 5. März.

Die Beratung des Militärrechts wird beim Kapitel Justizverwaltung fortgesetzt.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff giebt Aufklärung über das gestern vom Abg. Bebel angesprochene Duell des Lieutenants Regel mit seinem Schwager Luchaire. Das Duell ist entstanden, weil der Lieutenant im Duell von seinem Gegner mit einem Knüttel bearbeitet worden ist. Der Lieutenant erhielt zwei Jahre Gefängnis und ist dann von Sr. Majestät nach einem Monat begnadigt worden. Die sozialdemokratischen Redner haben gemeint, sie wollten keine Gnade, sondern Recht. Wie aber, wenn jemand vom Standrecht zum Tode verurteilt ist? Was den Hamburger Fall auf dem Omnibus betrifft, so hat der betreffende Zivilist den Offizier beiseite geschoben, um den Omnibus zu verlassen. Er wurde vom Offizier auf dem Omnibus gemacht, daß er auf dem nächsten Wege den Wagen verlassen möchte, worauf der Zivilist ihn bei der Schulter packte und bemerken ließ, daß der Offizier auf dem Pflaster laubte. Er hat dann den Zivilisten billiger Weise sich zu entschuldigen. Da das vorerwähnte wurde, hat er dem Zivilisten einen Denzettel verabreicht. (Unruhe bei den Sozialdemokraten) Drei Zivilisten haben sich auch bereit erklärt, für den Offizier zu zeugen, daß er nicht anders habe handeln können. Uebigens hat sich der Offizier dann in wohlwollender Weise des von ihm Bewunderten angenommen. Zu dem wir jedoch zugegangenen Bericht des Wortführers über die gestrige Verhandlung finde ich, daß bei den Bemerkungen, die Abg. Bebel in Bezug auf den Vorgang im Omnibus gemacht hat, der Abg. „Freiheit“ bei den Sozialdemokraten erörtern. Ich habe das Wort nicht gehört, weil auch nicht, wer es gesprochen hat, und bin deshalb auch nicht in der Lage, dem abwesenden Offizier die Genugthuung zu geben. Abg. Bebel warf uns vor, wir seien tief gesunken. Wenn ich das von Ihnen sagte, dann würde ein Tummel oder wer weiß was entstehen. (Beifall rechts)

Abg. Bebel (Z. Bp.): In Friedenszeiten wäre die Zuständigkeit der Zivilgerichte in Militärstrafsachen durchführbar. Es herrscht Mißtrauen gegen die Militärjustiz. Die Revision der Militärstrafprozessordnung und die Befähigung des Kaisers wäre dringend erforderlich.

Präsident v. Veberow: Ich habe gestern nicht präsidirt; es steht jedem frei, Thatsachen über Aeußerungen zu besprechen, aber keine Beschimpfung darauf zu hängen. Hätte ich gestern das Wort „Freiheit“ bezüglich Abwesender gesagt, so hätte ich es gesagt.

Abg. Bebel: Der Gegner des Lieutenants Regel ist offenbar geisteskrank gewesen. Ich habe einander gegenüber gestellt die hohe Strafe von drei Jahren Gefängnis wegen eines geringen Vorgangs bei einem Parteigenossen und dem Vorgang, daß ein Offizier, der einen Menschen im Duell erschossen hatte, begnadigt wurde. Wenn ein Mitglied meiner Partei um Begnadigung bitten würde, dann würde es aus der Partei ausgeschlossen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Redner wiederholt seine gestrige Schilderung des Hamburger Vorgangs und fährt fort: Der Minister scheint das Verhalten des Offiziers als ganz in der Ordnung betrachtet zu haben. Es ist ebenjowasig in der Ordnung, wie das Verhalten des Generals Kirchhoff. Wenn irgend ein noch so unbedeutender Offizier zu einem Pöbelthierem gereicht oder ver-

letzt wird, und sich sofort Recht nimmt, wird von Seiten der Militärverwaltung, auch wenn es im Widerspruch mit allen Bestimmungen unserer öffentlichen Ordnung steht, verteidigt. Als Abg. v. Bollmar von einem bayerischen Offizier, der ebenso vorging, sagte, daß sei Feigheit, wurde es von dem bayerischen Kriegsminister nicht gerügt.

Redner geht nunmehr auf die Frage der Reform der Militärstrafprozessordnung ein. Die meisten Mishandlungen kämen jetzt gar nicht an die Öffentlichkeit. In der Schrift von Schöber heiße es, daß es keinen Mann gebe, der während seiner Rekrutenzeit nicht geohrfeigt worden sei. Es ist anerkennenswert, daß unter dem Einfluß des jetzigen Ministers die militärische Verordnungsgebung verbessert ist. Doch scheint mit dem alten Zustande nicht überall gebrochen zu sein. Ein Sergeant in Mainz, der einen Soldaten mit dem Fingerringmesser bearbeitet habe, daß der ganze Rücken in Eiterung übergegangen sei, wurde nur mit 1 1/2 Jahren Gefängnis und Degradation bestraft, nachdem erst in der Schwimmhalle die Sache herausgefunden ist, als der mishandelte Mann sich weigerte, die Kleider abzulegen.

Redner verbreitet sich eingehend über Fälle von Soldatenmishandlungen in Ulm, Köln usw. Anzeigen wurden aus Furcht vor Strafe unterlassen. In einem Soldatenbriefe heiße es, ein Stück Rindvieh genieße eine bessere Behandlung als der Soldat. Ein Hauptmann im 22. Regiment habe seine Mannschaften mit der blauen Klinge bearbeitet. Die Militärverwaltung habe die dringende Pflicht, diesen Zuständen ein Ende zu machen. Vor allen Dingen müsse dafür gesorgt werden, daß der Soldat, der Beschwerde führe, keinen Nachteil davon habe. Die Verantwortlichen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung hätten ein Interesse daran, daß der Militärstand möglichst angenehm gemacht werde. Nur ausnahmsweise finde heute sich ein Mann, der zum Militär gehe. (Beifall rechts. Beifall bei den Sozialdemokraten)

Abg. Lenzmann (freif. Bp.): Der Kriegsminister habe im vorigen Jahre erklärt, daß ein Entwurf der Militärstrafprozessordnung in Vorbereitung sei. Es geht das Gerücht von drei Entwürfen, sowie davon, daß eine höhere Stelle den Liberalen Entwurf nicht wünsche. Er bitte um eine Erklärung, ob mündlich und öffentliche Besprechungen im Entwurf gewahrt sei. Sonst sei dieser verlos und unannehmbar. Auch wir wollen strenge Disziplin in der Armee, wünschen aber gerade deshalb eine richtige Rechtspflege und wahre Gerechtigkeit.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Ich habe meiner Aeußerung vom Vortage nichts hinzuzufügen, aber auch nichts davon zu streichen. Sollte ich im Laufe der Beratung der Militärstrafprozessordnung einsehen, daß meine Kräfte nicht ausreichen, so würde ich Seine Majestät bitten, mir einen Nachfolger zu geben. Wenn der Vortage von einem Widerstand an höherer Stelle gesprochen hat, so muß ich, falls er damit die Allerhöchste Stelle meint, dies ganz entschrieben bestricken. Selbstverständlich kann ich über den Entwurf, der dem Votum des Staatsministeriums unterliegt, jetzt keine Details mitteilen; ich verfolge mich auch, auf die von Bebel angeführten Fälle von Soldatenmishandlungen einzugehen. Herr Bebel ist zu leichtgläubig; er weiß nicht, wieviel in der Presse und in Briefen gelogen wird. (Weiterleft.)

Das Herr v. Bollmar einen Offizier der Feigheit geziehen hat, ist mir nicht erinnerlich; ich halte ihn auch dessen nicht für fähig. Dies wird nicht bestritten; ich scheine also Recht zu haben. (Weiterleft.) Wir suchen erstlich den Soldatenmishandlungen zu steuern. Ihre Zahl ist auch schon geringer geworden. Aber gewisse Uebel sind eben unabweisbar, wie auch Mord, Diebstahl u. s. w. (Sehr wahr! rechts) Der Vortage, daß nur eine sehr geringe Zahl mit Lust und Liebe zum Heere geht, widerspricht die höchst sonderbare Thatsache, daß seit Einführung der zehnjährigen Dienstzeit die Anmeldungen von Freiwilligen bei den Waffen mit zehnjähriger Dienstzeit noch zahlreicher geworden sind. (Beifall rechts.)

Abg. v. Bollmar: Meinem Fraktionsgenossen Bebel muß meine Rede aus dem bayerischen Landtag nicht ganz gegenwärtig gewesen sein, denn die Aeußerung, die ich damals gethan habe, war gerichtet gegen die Soldatenmishandlungen. Ich sagte damals mit Bezug auf den Offizierstand: „Die Ehre dieses Standes steht sonst ja außerordentlich hoch, aber einen Wehrlosen, völlig Wehrlosausführenden zu beleidigen, zu mishandeln, das scheint manchem Offizier keine Verletzung der Ehre zu sein. Ich für meine Person kann mir auf der Welt nichts Ergötzlicheres denken, als die bewußte Kränkung und Mishandlung eines Wehrlosen, der nicht im Stande ist, sich zu verteidigen.“

Die abgeleitete Beschwerdeordnung hat den großen Vorzug, daß der Soldat sich mit Beschwerden nunmehr direkt an den Kompaniechef wenden darf. Dagegen ist es bedauerlich, daß die alte Bestimmung geblieben ist, wonach unwahre Anzeigen strafbar sind, auch dann, wenn sie bloß auf Gehörinn beruhen. Es ist schwer, Kameraden als Zeugen zu bekommen, und selbst dann geschieht es nicht selten, daß sie vor Gericht umschlagen. Selbst bei der größten Erleichterung des Beschwerdeweges werden sehr wenig Beschwerden weiter gegeben. Außerordentlich erschwerend hat gewirkt die Bestimmung, daß der Beschwerdeführer sich nicht bei einem Dritten Rat holen darf. Leider sind die Beschwerdeprotokolle, die bei jeder Kompanie sind, unter Verschluss des Kompaniechefs oder Feldwebels.

Darüber ist kein Zweifel, daß die höchsten Befehlshaber sich bemühen, die Mishandlungen zu beschränken. Auch in dem bestorganisirten Heere, selbst in einem Milizheer, werden Mishandlungen vorkommen; denn der Krieg ist ein rauhes Handwerk. Es muß aber einen wunderbaren Eindruck machen, wenn wir die Disziplin unseres Heeres fest räumen hören, daß jeder Mund verstummt, wenn der oberste Regimentschef gesprochen hat, und wenn wir sehen, daß trotzdem die Erlasse von hoher Stelle zur Verhütung von Soldatenmishandlungen nicht befolgt werden. Die Mishandlungen rühren zum großen Teil her von der Ueberarbeit beim Militär. Der Druck kommt von oben und wird, je tiefer er kommt, desto größer. In zahlreichen Fällen haben Unteroffiziere Mishandlungen gefunden und hinzugefügt, sie hätten sie nicht begangen, wenn sie nicht von oben den Druck erfahren hätten. Wenn man von den Untergebenen nicht mehr verlangt, als sie leisten können, und nicht jede Kleinigkeit in den Korporalschaften moniert würde, dann wäre viel geholfen. Die meisten Mishandlungen geschehen nicht auf den Exerzierplätzen, sondern auf den Mannschafts-zimmern. Deshalb müßten die Kompanieoffiziere zu ungewohnter Zeit auch die Mannschaftsstuben revidieren.

Ebenso notwendig wie die Reform der Beschwerdeordnung der Mannschaften ist eine Aenderung der Beschwerdevorschriften des Disziplinar- und bezüglich der Führung der Disziplinationslisten. Mancher weiß nicht, wie er zu dem blauen Briefe kommt. So wurde einem Offizier, der Major geworden ist, mitgeteilt, seine körperliche Kleinheit und Unwissenlichkeit mache ihn zum Oberlieutenant unfähig (Weiterleft) Einer Aenderung bedarf auch das Verhältnis der zur Disposition gestellten Offiziere. Es werden Geschworene, Schöffen und alles mögliche, aber das hindert nicht, daß sie unter der Militärgerechtigkeitsgesetzgebung bezeugend in dieser Beziehung ist der Fall eines Herrn aus der Berliner Folgegesellschaft.

Der Kriegsminister erklärt: Ich bin den Ausführungen

des Vorredners mit großer Aufmerksamkeit gefolgt und habe darauf Folgendes zu erwidern. Die neue Strafprozessordnung wird das Verbot, daß ein Soldat sich keinen Rat über etwaige Beschwerden einholen soll, nicht enthalten. Ein solches Verbot besteht auch jetzt nicht. Ueber das Beschwerderecht können sich die Leute immer unterrichten. In jeder Mannschaftsstube hängt ein Exemplar der Vorschriften. Die Offiziere zur Disposition werden bei einer so neuen Militärstrafprozessordnung ihrem Gerichtsstande vorwiegend nicht entzogen werden.

Abg. Marx (nat.) meint, die neue Militärstrafprozessordnung werde allen Erwartungen entsprechen.

Abg. Bebel: Die vorgebrachten Thatsachen hat der Kriegsminister in keinem Punkte widerlegt. Daß jetzt mehr Freiwillige bei den Truppen-teilen mit dreijähriger Dienstzeit eintreten, sei doch kein Beweis dafür, daß die Lust und Liebe zum Militär gewachsen sei. In einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges gehen immer viele Leute, um eine Existenz zu haben, zum Militär.

Nachdem noch die Abgg. Kardorff (Npt.) und Roon (Konf.) eine kurze Bemerkung gemacht, schließt die Debatte.

Beifällig bemerkt

Abg. Liebnicht: Ich habe gestern den Zwischenschritt „Freiheit“ gemacht. Ich würde es für eine Feigheit halten, wenn ich das nicht zugeben würde. Ich weiß mich dabei eins mit dem ganzen gebildeten Deutschland. (Beifall rechts. Beifall bei den Sozialdemokraten)

Präsident v. Veberow: Das gehört nicht zur Ordnung dieses Hauses. (Beifall)

Das Kapitel „Militärgerichtsbarkeit“ wird bewilligt, ebenso das Kapitel „höhere Befehlshaber“ mit dem Kommissionsantrag, wonach von der Dienstzulage der kommandierenden Generale (12 000 Mk.) fünf 300 Mk., 750 Mk. zu Bureaubedürfnissen bestimmt werden.

Im Kapitel „Gouverneure, Kommandanten, Platzmajore u. s. w.“ beantragt die Kommission, daß die Kommandantenstellen in Frankfurt a. M. und Rastatt nur noch als „Längst wegfallen“ bewilligt werden sollen. Die Forderung von 9000 Mk. für eine Kommandantenstelle in Altona ist gestrichen worden. Gestrichen soll auch werden die Forderung von 7800 Mk. für eine Kommandantenstelle in Saarlouis.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Mir ist vorgeworfen worden, ich hätte bei der Wiederbesetzung der Altonaer Stelle einen Schlag gegen das Staatsrecht führen wollen. Für 7000 Mark thue ich das nicht. (Sehr wahr! rechts) Ich bitte die Herren, die Sache nicht so aufzufassen, wie die Kommission, sondern mir den Posten zu bewilligen.

Gemäß einem vom Abg. Dr. Schaebler (Cir.) gestellten und dem Abg. Dr. Enneccerus best. woriteten Antrag wird die Position betr. die Kommandanten Altona an die Kommission zurückverwiesen. Im übrigen wird das Kapitel nach den Kommissionsanträgen genehmigt, worauf sich das Haus vertagt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr (Fortsetzung der Beratung der Anträge, betreffend das Verbot der Einwanderung russischer Juden; Antrag betr. Erwerb und Verlust der deutschen Reichsangehörigkeit; Antrag Kuer, betr. das Arbeiterloalitionsrecht; Antrag Rident betr. Aenderung des Wahlgesetzes).

**Neueste Nachrichten.**

Neapel. Bei heftigem Sturm ist am Montag vormittag der der Orientlinie gehörige Paketdampfer „Droha“ bei der Ausfahrt aus dem Hafen von Neapel gestrandet. Von der aus 160 Mann bestehenden Besatzung und den 260 Passagieren konnten bis zum Abend 70 auf Bojen gelandet werden. Ein Boot schlug um, drei Matrosen des „Droha“ ertranken. Man hoffte, das Schiff am Dienstag wieder flott zu machen.

**Zur Lokalfrage.**

Zur Saalperre schreibt ein hiesiges Blatt: Der Kampf um die Säle wird von der sozialdemokratischen Partei hieselbst mit aller Entschiedenheit begonnen. Nach einer Mitteilung, die uns von durchaus zuverlässiger Seite zugeht, sollen für jeden Bezirk Kommissionen ernannt sein, welche Sonntags die Tanzlokale nach Genossen und Genossinnen abzusuchen haben. Auch Frauen sollen mit diesem Beaufsichtigungsrecht betraut sein. Die Kommission begiebt sich in ein Lokal, setzt sich an einer Stelle nieder, wo man den Eingang übersehen kann und selbst von jedem Eintretenden bemerkt werden muß. Die Leute verhalten sich ganz ruhig, trinken ihr Bier und machen nicht den geringsten Versuch, die etwa anwesenden Parteigenossen zum Verlassen des Lokals in agitatorischer Weise zu veranlassen, so daß ihnen niemand etwas anhaben kann. In einigen Lokalen sollen auf diese Weise 100 bis 150 Personen zum Fortgehen veranlaßt sein. — Unterzeichnete Kommission stellt nur richtig, daß nicht „Kommissionen“, sondern für jeden Stadtteil nur eine Person die Kontrolle übernommen hat.

**Die Lokal-Kommission.**

Carl Bancau, Geschäftsführer der Volksstimme.

**Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.**

Donnerstag, den 7. März:  
Männer-Turnverein „Einigkeit“, Budau. Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Übungsstunde in „Friedrichsplatz“, Leipzigerstr. 52.  
Freitag, den 8. März:  
Hausarztklasse des Naturheilvereins Neue Neupadt. Jeden Dienstag für Männer und jeden Freitag für Frauen Übungsstunde im hiesigen Bornischen Hause, Nachtweide.  
Turn-Verein „Germania“. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde in „Gras Garten“.

**Briefkasten.**

Abonnent. Annoncen-Aufträge werden nicht berücksichtigt. Wir beantworten jedem Abonnenten gern eine Anfrage, wenn er uns seinen Namen bekannt gibt.

O. Salbe. Ihre Artikel haben wir bis auf einen, betr. die Bauern in Italien, zurückgestellt und wollen erst eine Versammlung in E. erwarten, die dann dem Verfassersmann in der von Ihnen besprochenen Angelegenheit Direktive geben wird.

S. A. Schumann, Eichen. Abonnieren Sie auf der Post. Den Abonnementspreis erhalten Sie am Kopfe dieser Zeitung. —

In einer am Freitag, den 8. d. M., abends 8 Uhr, in „Friedrichsplatz“ stattfindenden

# Volks-Versammlung

spricht der Reichstagsabgeordnete Karl Grillenberger-Nürnberg über:

## Die Erfüllung der kaiserlichen Erlasse u. die Sozialdemokratie.

Um zahlreiche Beteiligung an dieser hochwichtigen Versammlung ersucht

Der Vertrauensmann.

# Franz Burger

(früher E. Lange)

Moldenstraße Nr. 36 **Alte Neustadt** Moldenstraße Nr. 36.

In Folge sehr vorteilhafter Einläufe und außerordentlich geringer Geschäftsunkosten billigste Bezugsquelle für alle **Manufaktur- und Modewaren, Woll-, Weiß- und Kurzwaren, Wäsche, Arbeiter-, Herren- und Knaben-Garderobe**

von deren Preiswürdigkeit sich jeder meiner Mitbürger schon durch den kleinsten Versuch überzeugen kann.

**Grosse Auswahl!**

**Kleiner Nutzen!**

**Grosser Umsatz!**



## Zur Konfirmation



empfehle ich:

Schwarze glatte und gemusterte Stoffe, reine Wolle, das Mtr. von 75 Pf. bis 3.00 Mk.  
Kouleurte reinwollene Kleiderstoffe das Mtr. von 65 Pf. bis 2.50 Mk.

Eine Partie **Beige noppé**, reine Wolle, früherer Preis 1.50 Mk., jetzt 75 Pf. p. Mtr.

Konfirmanten-Unterröcke in weiß und farbig sehr preiswert.

Fertige Damen-Heimden in guter Qualität das Stück von 75 Pf. an.

Fertige Damen-Beinkleider, Nachtjacken, weiß und bunt, das Stück von 75 Pf. an.

# N. Abrahamowsky, 37 Breiteweg 37.

## Inventur-Ausverkauf dauert bis 20. März.

Die sich am Lager angesammelten

### Reste Kleiderstoffe aller Arten

sowie

Schürzen, Blusen, Korsetts, Tischdecken, Wäscheartikel

und andere Waren, welche am Lager oder durch die Schaufenster gelitten haben, werden getrennt vom übrigen Lager ganz außerordentlich billig ausverkauft.

## Gelegenheitskauf!!

Durch den Ankauf eines ganzen Lagers werden

garnierte und ungarnierte Hüte, sowie sämtliche Bedarfsartikel zur Putzmacherei bedeutend unter Preis ausverkauft.

# Kaufhaus Wilhelmstadt.

Arbeitsnachweis und Anstufsbureau

## Gewerkschaften Magdeburgs

mit Zentral-Werberge

Kleine Klosterstraße Nr. 15/16.

Kostenlose Arbeitsvermittlung und Anstufsbereitstellung in gewerblichen Streitfragen.

Besucht werden:

1 Schwarz- und Gappendärber für dauernde Stellung, 1 Stellmacher (Kastenarbeiten), 1 geübte Stepperin für Schäftefabrik, 1 tücht. Mädchen für Küche und Baden z. 15. März, 1 tüchtiges Mädchen für Kücherei hoher Lohn, sofort.

Absehbare Arbeit Rodert Klein, 1 Diener u. 1 biert. Wäscheputzerin Köchlerstraße 55.

## Schuhwaren.

Große Münzstraße 8. Olivenstedterstraße 57.

Allen Herren und Damen zu berichten, daß ich neben meinem bisherigen Geschäft, Große Münzstraße 8, eine Filiale in der

Olivenstedterstraße 57

eröffnet habe, es wird mich einigmaßen freuen, wenn ich bei den Herren und Damen nur gut und billige Waren zu finden. Insbesondere, wenn die Herren und Damen in beiden Geschäften besucht werden können. Jedenfalls ist es möglich, die Herren und Damen zu besuchen.

**Ernst Röpke**

Gr. Münzstr. 8 und Olivenstedterstr. 57.

## Homöopathie!

**Visser,** homöopath. Praxi

Magdeburg, Leberstraße 3

(früher lange Jahre bei dem berühmten homöopath. Arzt Dr. Volbeding, Leipzig).

**Billig! Billig!**

**Einen gr. Posten Schuhwaren**

aus: Stiefeln, Dames- und Herren-Stiefeln, Stiefeln, -Halbschuhen, -Krappschuhen, -Sohlen, -Leber- und -Fingerringen werden billig verkauft. Neustadt, Schmiedstraße 44

Barbieren 5 Pfg., Rasiermesser 5 Pfg. Spiegelstraße 4.

Wohnungszahl Ph. Hucks.

Sämtliche Wäschearbeiten werden prompt u. repariert Gr. Storchstr. 2. Alle Wäsche werden sauber abgewaschen. Reparaturen werden schnell u. billig gemacht. Dr. Weg 100 bei Petrus, alle Wäsche: Gelehrer 3 bei Köchlerstr. Magdeburg: Gr. Storchstr. 2.

Als Schneiderin in und außer dem Hause empfangt sich Frau Ringrüber, Wismarstraße 8.

Guten Privat-Mittagsstisch

zu 60 Pfg. von 12-2 Uhr. Prälatenstraße 11, jet. E. Faspel, Köchlerstr. 67

## Bitte zu probieren!

In Folge der überaus billigen Butterpreise verkaufe:

feinste Molkereibutter, Pfd. 1.08 Mk.

Stück 54 Pfg.

**A. H. Völker,** Jakobstr. 5, Eckhaus d. gr. Marktstr. Gr. Steinmetzstr. 100, Ebladen.

Einen jung. Schneidergesellen sucht O. Koppius, Charlottenstraße 10. 76

Weidenstr. 8 praktische u. Nord-Wohn. 27 T. Albert, S. des Privatmanns Albert

Wohnung von Stuben, Kammer, Küche. Eine febl. Hinter-Wohnung zum Preise von 120 M. zu vermieten Schmiedstraße 16

Arb. Wohnhaus, 42 T. H. Hundsbirgerstr. 8

Am Dienstag, 3 Uhr, verschied nach kummervollen Jahren und schweren Leiden meine heißgeliebte Frau, unsere liebe Mutter, gute Großmutter, liebe Schwägerin und gute Tante **Marie Holzmacher** geb. Reichmann im 63. Lebensjahre.

Dies allen Freunden und Bekannten zur Nachricht. Um still es Beileid bitten 293

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr vom Trauerhause, N., Umstellungsstr. 60, aus statt.

Evening erschien:

Die Allgemeine Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und Beseitigung von C. O. Schmidt. Preis 20 Pfg

**Handzettel.**

Magdeburg, den 5. März.

Aufgebot: Schneider Ernst Christ. Friedr. Borchers hier mit Anna Elisabeth Friede Käfer in Freleben. Tagelöhner Peter Josef Schmiedler mit Margarete Witz in Jiltenbach. Arb. Wilh. Schröder mit Luise Marie Schröder in Bernburg Buchhalter Alfred Holz in Berlin mit Margarete Anne hier. Schuher, Hermann Dammehl mit Amalie Ernestine hier. Arb. Hermann Homann mit Dittie Jentze hier. Arb. Hermann Schulz in Tangerhütte mit Anna Theres hier. Arbeiter Aug. Borchardt mit Ernestine Boigt hier.

Eheverbindung: Böttcher Otto

Schreiber mit Margarete Träger hier.

Geburten: Paul, S. des Arbeiters Friedrich Schulz, 4 M. 29 T. Ernst, S. des Arbeiters August Rege. Marianna, T. des Tischlers Karl Bach. Heinrich, S. des Fuhrmanns Heinrich Sommer. Emma, T. des Friseurs Karl Köhler. Kathar., S. des Kaufm. Friedrich Bäcker. Margarete, T. des Schneidermeisters Philipp Dörger. Anna, T. des Handbühnenbauers Moritz Schick. Anna, T. des Tischlers Otto Lange. Walter, S. des Schneiders Theodor Jompa. Hermann, S. des Fuhrmanns Hermann Jompa.

Todesfälle: Luise Helong, unbekannt, 69 J. 5 M. 10 T. Robert, S. des Fuhrmanns Robert Köhler, 4 M. 9 T. Hermann Fischermann, Malermeister, 63 J. 8 M. 7 T. Wilhelmine geborne Hiermann, Witwe des Tischlermeisters August Röder, 67 J. 7 M. 5 T. Ernestine geborne

294

feinste Molkereibutter, Pfd. 1.08 Mk.

Stück 54 Pfg. Jakobstr. 5, Eckhaus d. gr. Marktstr. Gr. Steinmetzstr. 100, Ebladen.

Einen jung. Schneidergesellen sucht O. Koppius, Charlottenstraße 10. 76 Weidenstr. 8 praktische u. Nord-Wohn. 27 T. Albert, S. des Privatmanns Albert Wohnung von Stuben, Kammer, Küche. Eine febl. Hinter-Wohnung zum Preise von 120 M. zu vermieten Schmiedstraße 16 Arb. Wohnhaus, 42 T. H. Hundsbirgerstr. 8

Am Dienstag, 3 Uhr, verschied nach kummervollen Jahren und schweren Leiden meine heißgeliebte Frau, unsere liebe Mutter, gute Großmutter, liebe Schwägerin und gute Tante Marie Holzmacher geb. Reichmann im 63. Lebensjahre.

Dies allen Freunden und Bekannten zur Nachricht. Um still es Beileid bitten 293

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr vom Trauerhause, N., Umstellungsstr. 60, aus statt.

Evening erschien:

Die Allgemeine Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und Beseitigung von C. O. Schmidt. Preis 20 Pfg

**Handzettel.**

Magdeburg, den 5. März.

Aufgebot: Schneider Carl Friedrich Mählig mit Sophie Wilhelmine Ida Lehmann

geb. von hier.

Geburten: Elisabeth, T. des Wagenladers Franz Breitenstein. Max, S. des Arbeiters Bruno Reppig. Todesfall: Willy, S. des Bremfers Franz Starke, 1 J. 1 M. 17 T. Neustadt, 5. März 1895. Aufgebot: Schneider Carl Friedrich Mählig mit Sophie Wilhelmine Ida Lehmann

geb. von hier. Geburten: Johanne, T. des Schiffseigners Carl Fiedler. Charlotte, T. des Klempnermeisters Louis Krieg. Willy, S. des Arbeiters Bruno Reppig. Anna, T. des Arbeiters Karl Wühl. Margarete, T. des Tischlers Ad. Müller. Elise, T. des Arb. Friedr. Hebart. Willy, S. des Rainers Wilhelm Bödiger.

Todesfälle: Paul, unehelich, 27 T. Mariha, T. des Zimmerpoliers Hermann Zimmer, 4 J. 3 M. 16 T. Mariha, T. des Arbeiters August Köppler, 6 M. 4 T. Privatmann Friedrich Schaefer, 63 J. 10 M. 3 T.

295

## Zum Recht auf Arbeit.

Das Recht auf Arbeit, wie bekannt, steht Dir nicht zu im deutschen Land. Wirfst Du zur Arbeit nicht genommen, magst Du verhungern und verkommen.

Bist Du ein Kerl, der rasiert, das heißt, verlangt, was ihm gebührt, Der widerhaarig ist beim Schindeln, So wirst Du schwerlich Arbeit finden.

Und gib es Arbeit auch zu Kauf, Was soll's? Du hast kein Recht darauf; Man mag die andern überlasten, Du mußt doch frieren drum und fasten.

Und mit Dir Weib und Kind zugleich — So gilt's im lieben deutschen Reich Und auch noch wohl in andern Reichen Als internationales Zeichen.

Doch sei darum nicht undankbar, Dir bleibt noch manches Recht für wahr — Der schöne Vorzug — hier auf Erden Zu steuern und Soldat zu werden.

Und dann im Himmel, wie charmant, Dort bist Du aller Not entrannt, Wirst gar den Reichen vorgewonnen, Weil die nicht in den Himmel kommen.

Drum ist das Recht auf Arbeit auch Im lieben Deutschland noch nicht Brauch, Und mag Dein Magen manchmal knurren, Du hast darob noch nicht zu murren.

Warum? Das ist doch sonnenklar! Du wärst dann gräßlich undankbar, Gehörtest zu den gier'gen Raben — Man kann nicht alles, alles haben!

## Sozialdemokratie und Kaufmannschaft.

Unter dieser Ueberschrift finden wir in letzter Zeit in verschiedenen bürgerlichen Blättern einen längeren Artikel, in welchem der „Verein für Handlungskommiss von 1858“ in Hamburg als Vorbeugungsmittel gegen das Eindringen der Sozialdemokratie in die kaufmännische Gehilfenschaft empfohlen wird. Gerühmt wird die Unterstützung, welche von Seiten der Arbeitgeber dem Verein zu teil wird. 5700 Prinzipale gehören ihm an, 200 sonstige Firmen unterstützen ihn. Die Wohlfahrtsvereine usw. werden in ziemlich lebhafter Weise gefeiert und die „große unablässige Fürsorge“ für Verbesserung der sozialen Lage der Handlungsgehilfen erwähnt. „Die soziale Lage der Gehilfen zu bessern, ist die sicherste Schutzwehr gegen das weitere Eindringen der Sozialdemokratie in den Kaufmannsstand“, schließt der Artikel, und hierzu können wir beinahe „sehr richtig“ bemerken. Nur fragen wir: Wo ist die Besserung der sozialen Lage der Handlungsgehilfen? In der Gehilfenschaft weiß man davon nichts.

Die Löhne sind im allgemeinen derartig miserabel, daß es der Mehrzahl der Handlungsgehilfen absolut unmöglich ist, sich die gerühmten Wohlfahrtsvereine zu verschaffen, weil sie von ihrem kärglichen Lohne die erforderlichen Beiträge nicht bezahlen können. Nur den relativ besser bezahlten Handlungsgehilfen ist es möglich, sich die Vorteile derartiger Einrichtungen zu sichern; aber gerade die ärmsten, schlecht bezahlten (und diese bilden die übergroße Mehrzahl der Gehilfen) sind von diesen Einrichtungen ausgeschlossen.

Man nehme nur den Anzeigenteil der großen bürgerlichen Zeitungen zur Hand! Da werden junge Leute gesucht mit 40, 50, 60 bis 70 Mark pro Monat Gehalt; dabei wird noch verlangt Kenntnisse in fremden Sprachen, Stenographie, Umgang mit Schreibmaschinen u. s. w. Die Ansprüche an die Leistungen werden immer höher und die gezahlten Löhne werden immer niedriger. Ja in letzter Zeit mehren sich die Gesuche um Volontaire, d. i. Leute, die umsonst arbeiten, in nie gesehener Weise. Was hilft es nun, wenn man für vielleicht 10 Prozent oder 15 Prozent der Gehilfen Wohlfahrtsvereine ermöglicht, die übrigen 85 Prozent aber in eine soziale Lage hinabgedrückt werden, wie sie trauriger nicht gedacht werden kann.

Hier gilt es die bessernde Hand anzulegen: Unten in den tiefsten Schichten der kaufmännischen Gehilfenschaft ist die Not am größten. Was leisten aber hier die Vereine vom Schlage des „Vereins für Handlungskommiss von 1858“? Anstatt derartige Schäden zu brandmarken, ganz etnerlei, wo sie sich finden, spricht man beständig von „gemeinsamen Interessen“ der Prinzipale und Gehilfen. Man glaubt schon wunders was zu leisten, wenn man von Zeit zu Zeit mit sauerfüßer Miene und ängstlicher Beiseitreterei auf einige allzugroße Mißstände hinweist. Aber zu offenem, energischem Klassenkampfe gegenüber dem Unternehmertum aufzufordern, hier die Führerrolle zu übernehmen, fällt keinem dieser Gehilfenvereine ein.

Dieses angstvolle Zurückhalten ist sehr erklärlich. Wegen der zugehörigen Prinzipale, von denen gewiß einzelne ihre Beiträge aus humanen Gründen bezahlen, muß man die ganze Klasse der Arbeitgeber möglichst schonen, denn es ist Thatsache und die Gehilfenvertreter wissen dies genau: Das Unternehmertum denkt und handelt solidarisch und wo es Beiträge zahlt, will es auch

seine Interessen wahrgenommen haben. Diese laufen aber den Interessen der Gehilfen in den weitaus meisten Fällen entgegen. Man denke nur an die Sonntagsruhe der Gehilfen. Mit allen möglichen Mitteln (und nicht immer schönen) wurde und wird noch heute versucht, das bißchen Sonntagsruhe der Gehilfen zu beseitigen. Wie wehrt sich das Unternehmertum gegen die Einführung einer bestimmten Baden-Schlusshunde! Sehr bezeichnend für die „gemeinsamen“ Interessen sind hierbei die Verhandlungen des Frankfurter Detailistenvereins!

Wer diesem Unternehmertumsgeist gegenüber den Gehilfen von „gemeinsamen“ Interessen redet, ist unserer Ansicht nach kein Gehilfen-, sondern ein Prinzipalvertreter. Es ist aber höchst überflüssig, daß den Prinzipalen auch noch die Gehilfen zur Vertretung der Arbeitgeberinteressen zu Hilfe kommen, da die Prinzipale doch schon selbst ihre eigenen Interessen ausreichend vertreten.

Man betrachte nur in dem neuen „Gesetzentwurf gegen den unlauteren Wettbewerb“ die sogenannte Konkurrenzklause, welche den Gehilfen Gefängnis bis zu einem Jahre androht, wenn sie „geschäftliche Geheimnisse“ preisgeben. Bei der Dehnbarkeit des Begriffes „geschäftliche Geheimnisse“ ist eine solche Strafanzeige so unglaublich, daß man meinen sollte, alle Gehilfenvereine müßten wie ein Mann Front machen gegen eine solche juristische Ungeheuerlichkeit. Betrachtet man aber ihre Thätigkeit gegen diesen mehr als bedenklichen Gesetzesvorschlag, so drängt sich einem unwillkürlich der Gedanke auf, daß man es nicht mit Gehilfenvertretungen, sondern (im günstigsten Falle) mit unbeteiligten Zuschauern zu thun habe.

Wem es wirklich Ernst mit seiner Hilfe für den Handlungsangestellten ist, der verweise sie vor allen Dingen auf den Weg der Organisation, der Organisation zum Widerstand. Nicht mit schwächlichen Kompromissen, nicht mit Vertrauensbuseleien komme man den jungen Kaufleuten, sondern klipp und klar erkläre man: In dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit dürft Ihr nicht unparteiische Zuschauer sein, sondern müßt an dem allgemeinen Arbeiterbefreiungskampfe aktiv teilnehmen. Nur Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung wird Euch die Fähigkeit und Kraft verleihen, wirksam für Eure Interessen zu kämpfen, denn Eure Interessen decken sich mit denen der gesamten Arbeiterschaft. Nur ein ganz kurzfristiger Optimismus kann in heutiger Zeit noch die „gemeinsamen“ Interessen der Arbeitgeber und Nehmer in den Vordergrund stellen! Nur straffster Zusammenschluß zum Kampfe ist vermögend, eine dauernde Besserung der Lage der Handlungsgehilfen herbeizuführen. —

## Luther über Monarchie.

Gott der Allmächtige hat unsere Fürsten toll gemacht, daß sie nit anders meinen, sie mögen thun und gebieten ihren Unterthanen, was sie wollen; und die Unterthanen auch irren und glauben, sie seien schuldig, dem allen zu folgen, so gar und ganz.“ Die Fürsten hätten sich herausgenommen, den Leuten Bücher zu unterfagen, Gewissen und Glauben zu meistern und nach ihrem tollen Gehirn den heiligen Geist zur Schule zu führen. Weil denn solcher Narren Wüten langet zur Vertilgung christlichen Glaubens, Verleugnung göttlichen Wortes und zur Fälschung göttlicher Majestät, will und kann ich meinen ungnädigen Herren und zornigen Junkern nicht länger zusehen, muß ihnen zum wenigsten zum Worten widerstehen . . . —

## Parlamentarische Nachrichten.

Der Reichstag geht wahrscheinlich am 4. April in die Ferien. —

Zur Reichstagsersatzwahl in Eisenach stellen die Sozialdemokraten den Schneider Pätzold in Eisenach als Kandidaten auf. —

Die Reichstagsersatzwahl in Erstein-Molsheim findet am 3. April statt. —

**Kommunale Wein- und Bierbesteuerung.** Die halbamtliche Berliner Korrespondenz schreibt: Bereits im vorigen Jahre war dem Reichstage ein Weinsteuergesetzentwurf zugegangen, der unter anderem auch eine Regelung der Frage der kommunalen Weinbesteuerung bezweckte. Derselbe gelangte indessen nicht zur Verabschiedung. Nunmehr ist ein neuer Entwurf ausgearbeitet und vom Bundesrat genehmigt worden, der von den bezüglichen Vorschriften des vorjährigen Entwurfs nicht erheblich abweicht. Durch denselben sollen die Bestimmungen des Zollvereinigungsvertrags über die Besteuerung des Weines für Rechnung von Kommunen und Korporationen vollständig beseitigt werden. An ihre Stelle tritt die Bestimmung, daß für Rechnung von Gemeinden — nicht auch Korporationen — die Erhebung einer örtlichen Verbrauchsabgabe von Wein, Schaumwein und Rauschwein, sowohl ausländischem wie inländischem, bis zur Höhe von zehn Prozent des Wertes oder von fünf Mark für das Hektoliter gestattet wird. Sofern in einzelnen Gemeinden bereits höhere Abgaben bestehen, sollen sie bis Ende 1899 weiter erhoben werden dürfen. Auch gegen diese indirekte Steuer werden die Sozialdemokraten stimmen. —

Die von konservativer Seite betriebene Agitation gegen die **Margarinefabrikation** glauben die Interessenten dadurch zu entkräften, daß sie in einer Eingabe an den Reichstag selbst eine wirksame, sachverständige Kontrolle des Mischens von Margarine verlangen nach dem Muster des bairischen Gesetzes (wegen Fabrikation und Verkauf von Margarine), welches verlangt: Zur Führung der Kontrolle werden vom Minister des Innern 3 Aufsichtsführende ange stellt. Die Befolgung derselben

sowie die übrigen bei der Kontrolle veranlaßten Ausgaben, so z. B. für Reisen, Beihilfe, chemische Untersuchungen, Abnahme von Proben, werden in den jährlichen Finanzgesetzen festgesetzt. Die Wirksamkeit der Kontrolle wird durch eine vom Minister des Innern gegebene Instruktion näher geordnet. Die Kontrolle hat jährlich an den Minister des Innern Bericht über ihre Thätigkeit zu erstatten. Die Kontrolle hat Zutritt zu jeder Fabrik, wo Margarine oder Oleomargarine zubereitet wird, zu jeder Meierei, zu jedem Lager und Vorrat von Butter oder Margarine und zu jeder Verkaufsstelle, wo Butter oder Margarine feilgeboten wird, und ist berechtigt, nach gangbarem Preis Proben herauszunehmen, sowie die Geschäftsbücher nachzusehen. Solche Proben sollen in unbestimmten Zwischenräumen zu chemischer Untersuchung eingeschickt werden, selbst wenn kein Verdacht wegen begangener oder beabsichtigter Ungeheuerlichkeit vorliegt. Die Ausgaben hierbei werden durch die jährlichen Finanzgesetze bestimmt. [S.]

**Gegen die Einführung des Quebrachzoll** wendet sich der Verband sächsischer Lederproduzenten. Der Verband sächsischer Lederproduzenten, welcher schon seit langen Jahren besteht, konstatierte in der Mitte der achtziger Jahre das Bestehen von 398 Gerbereien im Königreich Sachsen, während sich gegenwärtig nur 269 Betriebe feststellen ließen, von denen wiederum eine größere Zahl im Umfang sowohl als in der Ertragsfähigkeit zurückgehen. Dieser Rückgang ist nicht allein in Sachsen, sondern in ganz Deutschland eingetreten und hat seine Ursachen zu suchen in der **Entwicklung derjenigen Betriebe, welche, weil kapitalkräftig, alle günstigen Einkaufsgelegenheiten auszunutzen verstehen.** — Damit giebt der Verband sächsischer Lederproduzenten zu, daß die Großen die Kleinen erwürgen und die kapitalkräftigen Unternehmer den Vorteil der Großproduktion auszunutzen verstehen — ein Urteil, das uns Sozialdemokraten nicht so ganz unwesentlich erscheint. Schließlich giebt der Verband zu, daß Deutschland nicht im stande ist, soviel Gerbstoff (Fichtenrinde, Eicheneinde) zu erbauen, als seine Vohgerberei gebraucht. Dasselbe trifft mehr oder minder auch auf alle anderen Produkte zu, die wir vom Auslande beziehen und hoch verzollt sind. In Konsequenz seiner Anschauung müßte der Verband auch gegen den Zoll auf Getreide usw. sein. Wir sehen hieraus wieder, wie richtig die Stellung der Sozialdemokraten der heutigen Wirtschaftspolitik gegenüber. —

**Zur Ambulanz der Gerichtshöfe.** Nach einem Entscheide des Reichsgerichts konnte der Staatsanwalt eines Ortes gegen den Redakteur einer Zeitung strafrechtlich bei Preßvergehen einschreiten, auch wenn betreffende Zeitung nicht in dem Bezirke der Amtsthätigkeit des Staatsanwalts erschienen, wohl aber verbreitet worden ist. Hat z. B. die Volksstimme einen Artikel beleidigenden Inhalts veröffentlicht und der Staatsanwalt in Halle, woselbst die Volksstimme eine Anzahl Abonnenten hat, beabsichtigt gegen den Redakteur der Volksstimme strafrechtlich einzuschreiten, so hat derselbe vor dem Gericht in Halle zu erscheinen. Bislang war nur der Staatsanwalt desjenigen Ortes, in dem das Blatt erscheint, zur strafrechtlichen Verfolgung zuständig. Den Entscheid des Reichsgerichts will die Kommission zur Beratung eines Gesetzes, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung hinsichtlich machen. Abg. Wundel will dem § 7 der geltenden Strafprozeßordnung folgenden zweiten Absatz hinzufügen: Bildet der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung, so gilt, soweit die Verantwortlichkeit des Verfassers, Herausgebers, Redakteurs, Verlegers und Druckers in Frage steht, die Handlung nur an dem Ort als begangen, an welchem die Druckschrift erschienen ist. Weitere Aenderungsanträge sind der Kommission unterbreitet worden. Die endgültige Formulierung werden wir unseren Lesern unterbreiten. Zu einer Abstimmung kam es heute nicht. Einer Subkommission ist die Formulierung des fraglichen Paragraphen aufgegeben. —

**Bundesgenossen der Antisemiten.** Die national-liberalen Wähler des Kreises Schwesig-Schmalhalden werden aufgefordert, Mann für Mann für den Helden Spenge, den Kampfgefährten des Trunkenbolles Danneil, den Nachfolger des würdigen Leuf, Jekraut, einzutreten. Der verzerrte Sozialismus der dummen Kerle wird den klaren Lehren der wissenschaftlich gegründeten sozialistischen Demokratie dennoch unterliegen müssen. Das Volk hat den antisemitischen Volksbetrug durchschaut und wird die Antwort geben.

Wider die geplante **Tabakfabriksteuer** sind aus Nordhausen Petitionen an den Reichstag eingegangen. In Nordhausen werden ungefähr 1800 Arbeiter in der Tabakindustrie beschäftigt. Nach Annahme der Vorlage werden  $\frac{2}{3}$  der Arbeiter entlassen. —

## Luther über das Eigentum.

Diese Gesellschaften haben alle Waren unter ihren Händen, machen mit ihnen, was sie wollen, steigen oder niedrigen nach ihrem Gefallen, drücken oder verderben alle geringen Kaufleute, als wären sie die Herren und Gottes Kreaturen, frei von allen Gesetzen des Glaubens und der Liebe. Die Könige und Fürsten sollten daren setzen und solches wehren, aber ich höre: sie haben Kopf und Teil daran und es geht nach Jes. 1, 23: „Die Fürsten sind Abtrünnige und Diebsgesellen.“ Sie lassen derweilen Diebe hängen, welche einen ganzen oder halben Gulden gestohlen haben und hantieren mit denen, welche die ganze Welt bestehlen und herauben nach dem Sprichwort: Große Diebe hängen die kleinen. . . . —

**Partei-Nachrichten.**

**Generalkongress.** Der außerordentliche Kongress der belgischen Sozialdemokraten beschloß, alle Arbeiterorganisationen des Landes aufzufordern, sich über ihre Stellung zum Generalkongress auszusprechen, der eventuell abgehalten werden soll, falls die Kammer das allgemeine Wahlrecht für die Gemeindevahlen nicht annehmen sollte. — Am 1. Mai soll das Parteiblatt Le Peuple (Das Volk) eine abermalige Vergrößerung erfahren. —

**Gefährdungen, Verfolgungen etc.**

**Die Verfolgung sozialdemokratischer Arbeiter** auf den Militärwerkstätten in Spandau dehnt sich nach Mitteilungen der Volkszeitung auch auf die in den Bureaus angestellten Arbeiter aus. Die Fabrikdirektoren sind angewiesen über politisch verdächtige Arbeiter Nachforschungen eventuell bei der Polizei anzustellen. Hierbei werden die der Polizei zur Verfügung stehenden Mitglieder der Vereine und Klubs eine Rolle zu spielen haben. So verschärfen sich die Gegensätze, die den Klassenkampf gebieterisch herausfordern. Den Klassenkampf soll bekanntlich die Sozialdemokratie führen. Es giebt aber genug Menschen, die anderer Anschauung sind. —

**Völlig mundtot gemacht** sind die Arbeiter des Großherzogthums Mecklenburg. Wie in einer in Rostock abgehaltenen Versammlung festgestellt wurde, ist dem Buchdrucker Mensch nicht gestattet worden, für den 5. Mecklenburgischen Wahlkreis einen Wahlverein ins Leben zu rufen. In dem ablehnenden Bescheide ist gesagt worden, daß der Verein die Bestrebungen der Sozialdemokratie fördern soll und da diese der bestehenden Staatsordnung zuwider, sei das Verbot gerechtfertigt. Die nächsten Wahlen werden der Regierung, welche einen Dönskopf im Wappen führt, beweisen, daß durch derartige Verbote die Sozialdemokratie weder gehemmt noch vernichtet wird. —

**Ueber die Pflichten und Rechte der arbeitenden Klasse** beabsichtigte in einer Versammlung in Altena Frau Köhler-Hamburg zu referieren. Die Anmeldung der Versammlung beschleunigte die Polizei wohl, verbot aber die Teilnahme der Frauen an derselben einschließlic der Referentin. Was werden wir wohl unter dem neuesten Kurs noch alles erleben müssen. —

**Beschlagnahme** wurde die Streikliste der Hubapfeiler Tischlergesellen, bezuglich die in dem Fachvereine befindlichen Akten. Die Beschlagnahme erfolgte im Auftrage des Ministers des Innern. —

**Beteiligung schulpflichtiger Kinder an Festlichkeiten.** Bekanntlich hatte die Amtshauptmannschaft Dresden-Altschadt angeordnet, daß schulpflichtige Kinder an Festlichkeiten ohne behördliche Erlaubnis nicht teilnehmen dürfen. Gegen diese Anordnung hatte der Vorstand des Arbeitervereins in Döhlen verstoßen und wurde hierfür bestraft. Das Landgericht Dresden hob jedoch das Urteil auf, womit von selbst die Verfügung hinfällig geworden ist. Das ist ein vollendetes Fiasko der sächsischen Verwaltungsbehörden. —

**Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.**

**Achtung, Metallbrüder!** Eämtliche Kollegen der Firma Edel und Glüme, Wasserthorstraße 50, haben am Sonnabend, den 2. März, wegen wiederholter willkürlicher Preisreduzierungen einmütig die Arbeit niedergelegt. Die von seiten des unterzeichneten Vorstandes daraufhin angebahnten Verhandlungen scheiterten an der ablehnenden Haltung der Herren Unternehmer. Die Kollegen befinden sich demzufolge im Streik, und bitten wir so lange um strengste Fernhaltung des Zuguges, als nicht unsererseits der Streik als beendet erklärt wird. — Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend. —

**Zugug von Schuhmachern** nach Wermelskirchen ist streng fernzuhalten. —

**Sohnsdifferenzen** sind ausgebrochen in der Stahlfabrik von Essig in Geringswalde. Mehrere Arbeiter, die eine Lohnverhöhung forderten, sind entlassen worden. Zugug ist fernzuhalten. —

**Wegen Sohnsdifferenzen** in der Mäulertischen Blechwarenfabrik ist der Zugug von Klempnern nach Hlensburg fernzuhalten. —

**Das Gewerkschaftsstatut** von Rostock hat beschlossen, der Frage der Errichtung eines Zentralarbeitsamtes für die Stadt Rostock näher zu treten. —

**Zugug von Schneidern** ist fernzuhalten von Erlingen, Hrensburg, Frankfurt a. M., Regensburg, Magdeburg, Goslar und Halle a. S. —

**Der Streik der Schuhmacher** in Nürnberg (Firma Simon u. Sphrind) dauert fort. Die Firma hat nur wenige Arbeiter zur Verfügung, jedoch, wenn die Vorläufe aufgekehrt sind, die Unternehmer wahrscheinlich gezwungen sein werden, den Forderungen der Ausländigen nachzugeben. —

**Ein Streik der Poliere** der Steinbruch-Kopffabrik der Firma Deperbuch in Elberfeld ist am 27. Februar ausgebrochen. Die Arbeiter, 14 an der Zahl, verlangen eine Regelung des Lohnes, erhielten jedoch von dem Direktor des Betriebes, es sei hierzu nichts zu machen und was nicht für den bisherigen Preis arbeiten wolle, ohne ja gehen, worauf die sämtlichen Poliere der Steinbruchfabrik die Arbeit niederlegten. Beim Ausgange wurde ihnen vom Portier die Mitteilung, daß, wer heute nicht wieder an die Arbeit zurückkehrt, morgen nicht mehr in die Fabrik komme. Da der Verdienst ein so niedriger ist, sind die Arbeiter entschlossen, die Arbeit nicht eher wieder anzufangen, bis ihre Forderung erfüllt ist. Früher war der Preis per Groß 15—22 Pfennig, nach dem ersten Abzug 12—15 Pfennig, und jetzt werden 8—14 Pfennig gezahlt. —

**Der Gewerkschafts-Kritiker Bergleite** hat seinen Bankrott erklärt gegenüber sozialistischen Ideen.

Der Central-Vorstand giebt den Zweigvereinen den Rat, in ihren Versammlungen Sozialdemokraten das Wort nicht mehr zu erteilen, diese überhaupt auszuschließen, weil sie die gewährte Redefreiheit nur benutzten, um ihre „grundfalschen Ideen“ zu verbreiten. —

**Ueber die Einführung des Neunstundentages** haben sich die **Buchdruckergehilfen** und Prinzipale in Zürich in gemeinschaftlich abgehaltener Konferenz verständigt, ebenso auch über eine prozentuale Erhöhung des Berechnens. Innerhalb der nächsten 4 Wochen sollen alle Prinzipale, welche ihre mündliche Zustimmung bereits gegeben haben, zu einem einheitlichen Vorgehen bewogen werden. —

**Soziales.**

**Freitag als Lohnzahlungstag.** Seit einiger Zeit circuliert in allen Berliner Markthallen eine bereits mit zahlreichen Unterschriften versehene Petition, die an den Ausschuß des Berliner Gewerbegerichts für Gutachten und Anträge zur weiteren Verfolgung gerichtet ist. Diese Petition bezweckt die Einführung des Freitag als Lohnzahlungstag. Nachahmenswert. —

**Ein häßliches Arbeitsamt** tritt demnächst auch in München in Thätigkeit. Gegen fünf Stimmen wurde das Statut des Arbeitsamtes genehmigt. Die Bestimmung: Einstellung der Thätigkeit einer Branche in der Streik oder Aussperrung besteht, wurde mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt. —

**Der Jahresbericht** der badischen Fabrik-Inspektion für 1894 ist, wie alle Jahre, als erster erschienen, wie er auch in Bezug auf seinen sachlichen Inhalt den Berichten der Fabrik-Inspektionen gewöhnlich voransieht. Wir kommen hierauf zurück. —

**Die Errichtung eines Gewerbe-Gerichts** in Meissen ist seitens der Amtshauptmannschaft abgelehnt worden. Nach Ansicht der befragten Unternehmer soll ein Bedürfnis nicht vorliegen — die Arbeiter wurden nicht befragt. —

**Aus den Gerichtssälen.**

**§ Magdeburg.** (Landgericht) Der Arbeiter Carl Weinchenk hier, geboren 1843, hat bereits außer erheblichen Gefängnisstrafen 17 Jahre Zuchthaus verbüßt und sich heute wegen Sittlichkeitsverbrechens zu verantworten. Die Verhandlung wurde in nicht öffentlicher Sitzung geführt. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. —

**Der Buchbinder Adolf W 5 1 1 m e r** hier, geboren 1870, war Kassierer des Buchbinderverbandes und veruntreute in der Zeit vom August 1894 bis zum 16. Jan. d. J. — dem Tage seiner Flucht — 222 Mark, sowie 30 Mark, die er auf ein über 150 Mark lautendes Sparbuchs des Verbandes abhob. W 5 1 1 m e r räumte seine Schuld ein, gab auch zu, das Geld in leichtsinniger Weise verprast zu haben. Der Gerichtshof erkannte auf neun Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. —

**Der Bäckergehilfe Hermann M.** hatte seinem Kollegen Otto B. mitgeteilt, wo ein anderer Berufsgenosse Geld aufbewahrte. B. stahl daselbe und teilte es mit M. Der Gerichtshof strafte M. mit einem Jahre und B. mit 9 Monaten Gefängnis. —

**Der Arbeiter H. Z.** zu Groß-Salze stahl am 12. Januar d. J. einen Centner Roggenmehl. Er wurde deswegen mit 4 Monaten Gefängnis bestraft. —

**Wegen Pfandentziehung, Beihilfe dazu, Beleidigung, Bedrohung, Hausfriedensbruch und Körperverletzung** sind angeklagt: 1. der Handelsmann Karl Sch., geboren 1857, 2. dessen Ehefrau Ottilie geb. S., geboren 1867, 3. die jeharierzte B. Johanne geb. St., geboren 1828, 4. der Privatmann Adam C., geboren 1844, 5. der Maurer Wilhelm S., geboren 1857, zu Sudenburg. Die Eheleute Sch. räumten am 8. November 1894 ihre Wohnung, ohne die rückständige Miete zu zahlen. Die Ehefrau B. soll ihnen beim Fortschaffen der Sachen behilflich gewesen sein und sich aus dem Hause trotz mehrfacher Aufforderung des Wirtes D. nicht entfernt, vielmehr denselben in Gemeinschaft mit dem Ehemann Sch. durch Schimpfreden beleidigt haben. Letzterer soll ferner D. mit erhobener Art bedroht haben. D. soll die Eheleute Sch. beleidigt und Frau Sch. getreten, S. soll die Frau Sch. beleidigt haben. Auf Grund der Verhandlung erachtete der Gerichtshof nur gegen den Ehemann Sch. Bedrohung und Beleidigung, gegen Frau B. Beleidigung, gegen D. Beleidigung und Körperverletzung für erwiesen und belegte Sch. mit 1 Woche Gefängnis und 5 Mk. Geldstrafe, Frau B. mit 5 Mk. und D. mit 15 Mk. Geldstrafe. Im übrigen erfolgte Freisprechung. —

**Der Zimmermann Gustav S.** hier, geboren 1842, erwiderte sich in der Zeit vom 13. bis 19. November 1894 im Gasthof zur Sonne unter Vorpiegelung falscher Spottreden Kopf und Logis, wofür er 16,50 Mk. schuldig wurde. In Anbetracht der Vorstrafen trafen den Angeklagten 1 Jahr Zuchthaus, 150 Mk. Geldstrafe ev. noch 10 Tage Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. —

**Gescheskunde.**

**In einer für Eltern schulpflichtiger Kinder beachtenswerthen Verfügung** hat der Regierungsrat zu Potsdam soeben angedeutet, es werde die Vorschrift, schulpflichtige Kinder von der Teilnahme an Langluftbarkeiten in öffentlichen Lokalen fernzuhalten, häufig dadurch umgangen, daß die Schulkinder zu Langluftbarkeiten sogenannter geschlossener Gesellschaften, die in öffentlichen Lokalen stattfinden, zugelassen werden. Diese polizeiliche Vorschrift habe aber nicht lediglich auf öffentliche Langluftbarkeiten Anwendung, sondern lasse auch ihren Wortlaut auch eine weitere Auslegung zu. Demgemäß sollen nun die Aufsichtsbehörden gegen die Teilnahme von Schulkindern an Langluftbarkeiten, die von geschlossenen Gesellschaften in öffentlichen Lokalen veranstaltet werden, vorgehen, ein-

tretendfalls über die Tragweite des genannten Paragraphen gerichtliche Entscheidung herbeiführen und über das Ergebnis dem Regierungspräsidenten Bericht erstatten. —

**Wann können Invalitätsansprüche geltend gemacht werden?** Unter den Arbeitern ist noch vielfach die falsche Ansicht verbreitet, daß ein Erkrankter, bei dem der behandelnde Arzt schon nach einigen Wochen eventuell Invalität konstatieren kann, erst nach Ablauf von 13 Krankentagen, also nach Aufhören der Krankenunterstützung seine Invalitätsansprüche geltend machen kann. Das ist ein Irrtum; die Ansprüche können sofort geltend gemacht werden und wird die Rente neben dem Krankengeld ausbezahlt, sobald der Anspruch darauf anerkannt ist. —

**Vermishtes.**

**„Sandwichmänner“** im Dienste der Sozialdemokratie. Die holländischen Sozialdemokraten haben ein neues eigentümliches Mittel gefunden, um die Feinde der Arbeiter zu brandmarken. Man sieht seit einiger Zeit in den Straßen Amsterdams einen „Sandwich“mann circulieren, das heißt einen Mann mit einer großen Tafel vorn und hinten, auf der die Namen jener Unternehmer verzeichnet sind, welche länger als zehn Stunden arbeiten lassen oder die bestehenden Lohnsätze nicht einhalten. Dreimal wurde der Mann von der Polizei schon angehalten, diese neue Methode der Publizität aufzugeben, aber immer wieder beginnt er von neuem seine Neckamerndreife, die natürlich den Unternehmern nicht sehr angenehm ist. Durch diese Brandmarkung sind schon Erfolge erzielt worden, indem sich einige Fabrikanten bewegen ließen, die verzeibaren Lohnsätze zu zahlen.

**Zur Veredelung der Menschen.** Karl Vogt behauptet, daß die Veredelung der Menschen nach dem allgemeinen Gesetz geschieht, daß die edlen Organe immer stärker werden. Das Gehirn des Menschen wächst von Generation zu Generation und soll seit 700 Jahren circa 60 Kubikcentimeter zugenommen haben. Der Schädel eines erwachsenen Europäers faßt gegen 1500 Kubikcentimeter, der eines Hottentoten 1000 Kubikcentimeter. Menschen mit verkümmertem Gehirn, die sogenannten Mikrocephalen, sind als Klüßbildungen, die wieder an die Vorzeit erinnern, anzusehen. —

**Die athenischen Denkmäler.** Aus Athen wird gemeldet: Der deutsche Architekt Professor Düren, der zur Prüfung des Zustandes des Parthenons hier eingetroffen ist, erklärte, die alten Denkmäler in Athen, namentlich das Parthenon und der Theseustempel, diese herrlichen Ueberreste antiker Kunst, befänden sich in Gefahr; es würde eine Million Drachmen für die Arbeiten zur Erhaltung der Denkmäler notwendig sein. Die archäologische Gesellschaft beabsichtigt, einen Teil des Kapitals durch einen internationalen Aufruf zu beschaffen. —

**Litteratur.**

**Heft 24 des Volks-Lexikon,** Herausgegeben von Emanuel Baum; Verlag von W. G. Korn, München, beginnt den 2. Band und enthält folgende größere Artikel: Dackbender, Dampf (Dampfstraß, Dampfstraßen, Dampfmaschinen, Eisenbahnen, Lokomotiven, Schiffs-maschinen) mit 7 Abbildungen, Dänemark (Geographie, Geschichte, Arbeiterbewegung), Dänische Protestpartei, Darlehensvereine, Demokratische Partei — Alle 14 Tage erscheint ein Heft. — Das Volks-Lexikon kann durch jede Postanstalt bezogen werden. Es ist im deutschen Postzeitungskatalog unter Nr. 6879a (9. Nachtrag) eingetragen. —

**Zur Märzfeier** dieses Jahres erschien in zweiter, hübsch ausgestatteter Auflage: B. Liebnecht, „**Sum 18. März und Verwandtes.**“ Dieses Schriftchen, welches bei seinem ersten Erscheinen vor 2 Jahren die freundlichste Aufnahme fand, wird auch jetzt willkommen sein. Es behandelt in gedrängter Kürze aber doch übersichtlich die Märzereignisse der Revolution im Jahre 1848 und der Pariser Kommune vom Jahre 1871. Der billige Preis, 20 Pfennig, ermöglicht jedem die Anschaffung dieser interessanten Broschüre. —

**Von der „Neuen Zeit“** (Stuttgart, J. G. B. Metz' Verlag) ist soeben das 22. Heft des 13. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt geben wir hervor: Preussische Reichsblätter. — Aus den Vereinigten Staaten. Von F. A. Sorge. 1. Allgemeines und Besonderes. Der Ausstand in Brooklyn. — Zur Frage der Organisation des Proletariats der Intelligenz. Von A. Mez. (Fortsetzung) —

**Weiteres.**

**Nachahmenswert.** Der Herr Landrat des Königsberger Landkreises hat in Nr. 33 des dortigen Kreisblattes vom 27. Februar cr. folgende Bekanntmachung erlassen:

Königsberg, den 26. Februar 1895.

Dem Bürogehilfen Arthur Hoppe hier selbst ist die Redaktion des amtlichen Kreisblattes entzogen, weil derselbe, entgegen der hierüber erlassenen ausdrücklichen Anweisung, Anzeigen politischer Vereine in dem nicht-amtlichen Teile des Kreisblattes zum Abdruck zugelassen hat.

**Armer Bürogehilfe,** der du deinen Redakteurposten, armes Kreisblatt, daß du deinen Bürogehilfen verlierst. Schade, daß diese Praxis nicht überall eingeführt, daß nicht allen Zeitungen die Aufnahme von Versammlungsanzeigen verboten werden kann. Wie gemüthlich würde es noch in der Welt ausfallen, wenn dies möglich wäre!

**Der Chemiker Thénard,** ein berühmter Streber, hielt vor dem Herzog von Orleans einen Vortrag über Experimentalchemie, in dem er mit einer tiefen Verehrung vor dem Prinzen äußerte: „Somit werden diese beiden Gaje die Ehre haben, sich vor Ihrer königlichen Hoheit zu verneigen.“ —

**Kurz und bündig.** Chef: Sie sind schon in mehreren Handlungen gewesen, wie ich aus den Zeugnissen ersehe. Was war das für eine Handlung zuletzt, und weshalb gingen Sie ab? — Lehrling: Herr Chef, es war eine Mißhandlung zuletzt. —

**Moderne Mildthätigkeit.** „Ja, ja, Sie haben recht, meine Liebe, in dieser schweren Zeit muß man etwas für die armen Leute thun. Ich habe nun ein großes Stück Seidenzeug gekauft, davon soll meine Ida, die das sehr gut versteht, den Armen recht schöne Krautwatten machen.“ —